Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,— RM. bei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreise: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 15 — 91. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Dienstag, den 19. Januar 1932

Abrüstungsfeinde.

Über den Gedenkfeiern anläßlich der Wiederkehr des Reichsgründungstages hängt die tiefdunkle Wolke der Ungewißheit, was aus diesem Reich werden wird. Jahr um Jahr ist es gezwungen, mühsam am Rande des Abgrundes entlang zu balancieren, überwacht von den mißtrauischen Augen der „Sieger" von 1918. Zwar ist der Versuch, dieses Reich zu zerstören, schließlich doch vergeblich geblieben, überstand das Werk Bismarcks selbst den furchtbaren Ansturm des Ruhreinbruchs und der Inflation. Aber unvermindert erfüllt das Verdiktat seinen eigentlichen Zweck der ständigen Schwächung und Schwachhaltung Deutschlands politisch, wirtschaftlich, militärisch und selbst innerhalb der Grenzen, die jenes Diktat gezogen hat, sind wir Herr unseres Gebiets; noch immer herrscht an der Saar der Völkerbund, also Frankreich. Und quer durch Deutschland, am Rhein entlang zieht sich die „entmilitarisierte" Zone, die nicht einmal eine Reichswehrkapelle in Uniform betreten darf, um zu konzertieren, — wenn nicht die Botschafterkonferenz in Paris vorher die gütige Genehmigung erteilt.

Wenn man an das Saargebiet denkt, an diesen heute noch abgetrennten Teil des Deutschen Reiches, wo deutsche Gesetze nur Geltung erhalten, wenn die Saarregierung ihnen zustimmt, — dann baut die Erinnerung schnell eine Brücke hinüber zu dem Mann, der jetzt französischer Kriegsminister geworden ist und nun auch zum Führer der Delegation Frankreichs auf der kommenden Abrüstungskonferenz bestimmt wurde. An ihm hat es gewiß nicht gelegen, daß man 1919 in Versailles das Saargebiet nicht sofort vom Deutschen Reich abtrennte; denn als Clemenceau das forderte, hat er sich auf die berüchtigte Petition von 150 000 Saarländern berufen, die sich nach dem Anschluß an Frankreich sehnten; des „Tigers" rechte Pranke, Herr Tardieu nämlich, könnte einiges darüber erzählen, wie er diese Fälschung arrangierte. Und als Tardieu französischer Ministerpräsident war — er setzte die Unterschrift Frankreichs im Haag unter den Young-Plan —, hat er die Verhandlungen über die „vorzeitige" Räumung des Saargebiets versacken lassen: aus dieser „Räumung der Kriegsfolgen" ist nichts geworden.

Ebensowenig wurde etwas aus der Räumung der Kriegsgefahr, die eine fast naturnotwendige Folge des gerade zu irrsinnig gewordenen militärischen Wettrüstens ist. Selbstverständlich ist Tardieu meilenweit davon entfernt, einen deutschen Rechtsanspruch daraus anzuerkennen, daß ebenso der Wortlaut in der Einleitung des Versailler Entwaffnungsdiktats wie der des Artikel 8 der Völkerbundpakte die allgemeine Abrüstung zusage, bisher davon aber nichts erfüllt sei. Daß Tardieu noch weniger von dem deutschen Anspruch auf die gleiche Sicherheit wie alle anderen Nationen wissen will, braucht erst gar nicht erwähnt zu werden. Wohl aber darf man daran erinnern, daß dieser tüchtige Vertreter Frankreichs auf der Welt-Abrüstungskonferenz eine große Übung darin habe, solche Konferenzen zu verschleppen, die allzu abrüstungshungrige Gegenseite zu zermürben, immer neue Einwände und Schwierigkeiten zu machen, bis der Zweck der ganzen Konferenz in hoffnungsloser Form verdämmert und das „Ergebnis" in einem geradezu lächerlichen Gegensatz zu den ursprünglichen Absichten und Plänen steht. Tardieus „Meisterwerk" in dieser Hinsicht ist die Londoner Seeabrüstungskonferenz 1930, die Monate gedauert hat, ohne praktisch auch nur das geringste Resultat zu zeitigen, da Frankreich dem Abkommen nicht beigetreten ist. Und seitdem ist die französische Hegemoniestellung in der Welt so unbedingt geworden, hat man die große „Verteidigungs"front an der Ost- und Südostgrenze so stark ausgebaut, daß Frankreich, nur spöttisch lächelnd, selbst einer Schar von Mächten entgegentreten kann, die von ihm die endliche und wirkliche Weltabrüstung fordern wollten. Es ist ja bezeichnend, daß die französische Note, die eine glatte Ablehnung selbst des kümmerlichen Vorschlages der Vorläufigen Abrüstungskommission enthielt — sieben Jahre hatte sie sich mit der Sache abgemüht —, ausgerechnet in dem Augenblick in die Öffentlichkeit hinausschoß, als im Juli die Ministerpräsidenten Deutschlands, Englands, Frankreichs usw. mit dem amerikanischen Vertreter in London zusammenfaßen, um Hoovers reparationspolitischen Waffenstillstandsvorschlag zu verwirklichen.

Tardieus rechte Hand auf der Abrüstungskonferenz wird Herr Paul-Boncour werden, der ja solange und gründlich an den Arbeiten jener Vorläufigen Kommission beteiligt war, daß eben nur ein fadenscheiniges Ergebnis herauskam. Er ist einer der hartnäckigsten Vorkämpfer jenes „Sicherheits"gedankens Frankreichs, mit dem praktisch jeder Abrüstungsvorschlag vom Verhandlungstisch gefegt wird. Und Tardieus linke Hand, Oberst Fabry, steht ihm dabei nicht viel nach; als besondere Spezialität arbeitet dieser tüchtige Oberst, der übrigens auch Vorsitzender der Heereskommission in der Französischen Deputiertenkammer ist, in Verleumdungen gegen Deutschlands Ehrlichkeit bei der Innehaltung der Versailler Entwaffnungsbestimmungen. Zweifellos wird er sich auch in Genf wieder als eifriger Märchenerzähler betätigen, — kurz, die Zusammensetzung der französischen Delegation für die dortige Abrüstungskonferenz läßt die Prophezeiung nicht schwer werden, daß dem zu erwartenden Ergebnis gegenüber das berühmte Hornberger Schießen als geradezu ereignisreich bezeichnet werden muß.

Der Kampf um Lausanne.

Paris, 18. Januar. In einer sichtlich offiziösen Charakter tragenden Auslassung erklärt die Agentur Havas unter Hinweis auf die gegenwärtig zwischen den am Youngplan interessierten Mächten geführten diplomatischen Verhandlungen und insbesondere dem heutigen Besuch des deutschen Botschafters bei Ministerpräsident Laval: Wegen der Wahlen, die im Laufe des Jahres in Frankreich, Deutschland und den Vereinigten Staaten stattfinden sollen, verbreitet sich in den interessierten internationalen Kreisen immermehr die Ansicht,

daß man gegenwärtig unmöglich zu einer detaillierten denkwürdigen Lösung des Reparations- und Kriegsschuldenproblems gelangen kann.

Man scheint jetzt in Paris und London darüber einig zu sein, für Deutschland das am 6. Juli 1932 ablaufende Hoovermoratorium lediglich zu erneuern und unter gleichen Bedingungen für sechs Monate oder ein Jahr zu verlängern. Gleichzeitig würden die europäischen Schuldner der Vereinigten Staaten, die Gläubigeransprüche an Deutschland haben, in einer gemeinsamen Erklärung für ihre Rechnung von der amerikanischen Regierung als Bedingung und während der Dauer des neuen, Deutschland zu bewilligenden Moratoriums gleiche Behandlung fordern.

Wenn die Verständigung auf dieser Grundlage zwischen den Unterzeichnern des Youngplanes auf diplomatischem Wege erzielt werden kann, wird die Lausanner Konferenz vorläufig gegenstandslos werden,

da der Kern des Problems nicht vor Ablauf des Jahres von den interessierten Regierungen erörtert werden wird. Unter diesen Umständen könnte eine Zusammenkunft von Finanzsachverständigen für die Ausarbeitung eines mit stillschweigender Verlängerung des laufenden Hoovermoratoriums notwendigen Abkommens genügen.

*

Frankreich möchte die Tributkonferenz verschieben.

Die französische Regierung hat in Berlin offiziell noch nicht mitteilen lassen, daß sie den 25. Januar als Termin für den Beginn der Lausanner Konferenz annimmt. In Berliner unterrichteten Kreisen ist man der Auffassung, daß Laval zunächst das Ende der Kammeraussprache bzw. das Abstimmungsergebnis abwarten will, bevor er sich endgültig äußert. Deutscherseits wird der 25. Januar nach wie vor als ein Zeitpunkt bezeichnet, der von allen Beteiligten innegehalten werden könne. Nach einer Pariser Nachricht soll Ministerpräsident Laval allerdings beabsichtigen, in seiner Erklärung vor der Kammer am Dienstag die Frage aufzuwerfen, ob die Lausanner Konferenz verschoben werden soll.

Forderungen zur Tributpolitik.

Der Fraktionssitzung des Christlichsozialen Volksdienstes, die im Reichstag stattfand, wohnte auch Reichsverkehrsminister Treviranus bei. In der außenpolitischen Aussprache wurde von der Reichsregierung unbedingtes Festhalten an der bisherigen Tributpolitik verlangt. Das deutsche Volk erwarte, daß die Regierung allen Wünschen auf Vertagung der Konferenz von Lausanne und allen französischen Bestrebungen, sich dieser Konferenz überhaupt zu entziehen, entschiedensten Widerstand entgegensetze.

*

Vor dem Umfall Englands?

Englische zuständige Stellen deuten unzweideutig an, daß die ganze Lausanner Konferenz fallen gelassen werden soll, wenn Frankreich den Zusammentritt am 25. Januar nicht zustimmen oder sonstige Schwierigkeiten machen sollte. Es wird zwar ausdrücklich versichert, daß hierüber noch keine Entscheidung gefallen ist.

Wie weiter verlautet, hat die englische Regierung in ihren Bemühungen, die Lausanner Konferenz doch noch zustande zu bringen, während des Wochenendes einen Vermittlungsvorschlag in Paris gemacht, wonach sie möglicherweise einem neuen Tributmoratorium auf die Dauer von etwa einem Jahre zustimmen würde.

*

Tributkonferenz erst mit Beginn der Abrüstungskonferenz?

Berlin, 19. Januar. Die Vossische Zeitung läßt sich aus London melden: Das englische Auswärtige Amt ist am Montag von Paris aus unterrichtet worden, daß Frankreich eine Verlegung der Tributkonferenz bis zum Zusammentritt der Weltabrüstungskonferenz am 2. Februar in Genf vorschlägt. Der leitende Gedanke bei diesem Vorschlag sei, daß bei der Abrüstungskonferenz die Außenminister der Gläubigerstaaten und Deutschlands sowieso anwesend seien, und unter Hinzuziehung einiger Sachverständigen die Tagesordnung der Tributkonferenz in kleinem Rahmen und mehr beiläufig erledigt werden könnte. Weiter habe die englische Regierung am Montag die deutsche Regierung davon verständigt, daß England auf der Lausanner Konferenz die Ausdehnung des deutschen Moratoriums bis zum 1. Juli 1933 vorschlagen werde.

*

Italien fordert nach wie vor Endlösung

Rom, 18. Januar. Die römische Presse unterstreicht heute wieder die Notwendigkeit einer radikalen Lösung des Reparationsproblems. „Tevere" meint, man müsse endlich aus der Kriegspsychose heraus, unter der mehr oder weniger noch alle leiden. Wie die berüchtigten Kriegsverbrecherlisten in den Papierkorb gewandert seien, so müsse auch mit dem Widersinn der verhängnisvollen Schuldenverrechnung Schluß gemacht werden. „Tribuna" erklärt, man könne aus dem wirtschaftlichen und finanziellen Zustande der Gegenwart nicht herauskommen, ohne die Streichung der unsinnigen Kriegsschulden und Reparationen. Die italienische These wolle endlich Schluß machen mit den diplomatischen Nachkriegsmethoden. Das Problem geht nicht mehr darum, ob, wann, wie der Youngplan aufgestellt werden soll; das Problem lautet ganz einfach auf Streichung der Schulden und Reparationen.

*

Kommt Beneduce auch nach Berlin?

Professor Beneduce und der Gesandte Buti, der Generalsekretär der italienischen Abordnung für die Lausanner Konferenz, haben nach ihrer Rückkehr aus London den zuständigen römischen Stellen über das Ergebnis ihres Gedankenaustausches in Paris und London berichtet. Daß Beneduce und Buti nach Berlin reisen werden, ist nicht ausgeschlossen, aber noch unbestimmt und im wesentlichen eine Zeitfrage.

*

Hoesch abermals bei Laval.

Vor der französischen Regierungserklärung.

Botschafter von Hoesch hatte eine neue Unterredung mit Laval, die sich auf die mit der Tributkonferenz in Zusammenhang stehenden Fragen bezog. Das neue Kabinett ist erst dann in der Lage, Beschlüsse zu fassen und politische Schritte einzuleiten, wenn die Kammer ihm das Vertrauen ausgesprochen hat. Die Regierung Laval erhält somit erst am Dienstag oder Mittwoch ihre volle Handlungsfreiheit. Wie in politischen Kreisen zuverlässig verlautet, soll die Regierungserklärung fast ausschließlich der außenpolitischen Lage gewidmet sein und sich sowohl auf das Tributproblem wie auf die Frage der Rüstungsbegrenzung beziehen.

Verordnung d. Reichspräsidenten über außerordentliche Zollmaßnahmen.

Berlin. Amtlich wird folgende Verordnung des Reichspräsidenten über außerordentliche Zollmaßnahmen mitgeteilt: Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird folgendes verordnet:

Artikel 1. Die Reichsregierung wird ermächtigt, im Falle eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses 1. bei der Einfuhr von Waren, die aus anderen Ländern stammen, deren Währung unter Goldparität gesunken ist, für einzelne Waren oder Warengruppen Ausgleichszuschläge zu erheben. 2. für Waren, die aus dem Lande stammen, mit dem das Deutsche Reich in einem Handelsvertragsverhältnisse steht oder das die deutschen Waren ungünstiger als die Waren aus einem dritten Lande behandelt, erhöhte Zollsätze festzusetzen. Von der Erhebung der erhöhten Zollsätze kann bis zur Dauer von höchstens 6 Monaten Abstand genommen werden, wenn mit diesem Lande Handelsvertragsverhandlungen schweben oder bevorstehen. Die Reichsregierung kann bei einzelnen Waren von der Anwendung der erhöhten Zollsätze ganz oder teilweise absehen.

Artikel 2. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 18. Januar 1932.

Der Reichspräsident, gez. von Hindenburg.
Der Reichskanzler Dr. Brüning.

Agrarbeschlüsse und Reichskabinett.

Veröffentlichung bevorstehend.

Das Reichskabinett hat sich mit der Lage der bäuerlichen Veredlungswirtschaft beschäftigt und entsprechende Beschlüsse gefaßt. Die Einzelheiten werden, wie verlautet, voraussichtlich im Laufe des Dienstag noch veröffentlicht werden.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF

Politische Nadeln und Bändchen gestattet.

Verordnung des Reichspräsidenten über das Tragen von Abzeichen.

Unter dem Datum des 16. Januar wird auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung folgendes verordnet.

Vom Inkrafttreten dieser Verordnung ab gilt das im 8. Teil Kapitel II der 4. Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutz des inneren Friedens vom 8. Dezember 1931 ausgesprochene Verbot des Tragens von Abzeichen nicht mehr für Nadeln, Rosetten und ähnliche kleinere Abzeichen in der Form und Größe, wie sie bisher bei politischen Vereinigungen üblicherweise getragen wurden.

Weitere Verhandlungen des Preiskommissars.

Die Preisbildung im Textil- und Schuhwarenhandel.

Der Reichskommissar für Preisüberwachung hat mit der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels wegen der Preisbildung im Textil- und Schuhwarenhandel verhandelt. Der Reichskommissar hat erneut darauf hingewiesen, er sehe es als selbstverständlich an, daß auch in diesen beiden Branchen untersucht werde, inwieweit die Preise gesenkt werden könnten.

Der Reichskommissar wird am Dienstag mit den Brauereien sowie mit den Gastwirten verhandeln. Er wird dann nacheinander die Fühlung aufnehmen mit dem Kraftdroschkengewerbe, mit der Farbenindustrie und mit den privaten Telephongesellschaften. Auch die Frage der Düngemittelpreise soll noch in dieser Woche erörtert werden.

Hindenburgs Reichsgründungserinnerung

Vor 61 Jahren in Versailles.

Bei der Reichsgründungsfeier des Deutschen Reichskriegerbundes „Kyffhäuser" verlas der Präsident General a. D. von Horn folgendes Schreiben des Reichspräsidenten:

Sehr geehrter Herr General!

Wie ich Ihnen schon mündlich mitteilte, bin ich zu meinem lebhaften Bedauern durch meine starke dienstliche Inanspruchnahme verhindert, an der Reichsgründungsfeier des Deutschen Reichskriegerbundes Kyffhäuser teilzunehmen und hier im Kreise alter Soldaten des Tages zu gedenken, an dem ich als junger Offizier vor 61 Jahren im Spiegelsaal von Versailles die Reichsgründung miterleben durfte; aber im Geiste bin ich mit Ihnen allen in dieser vaterländischen Weihestunde in gemeinsamen Gedenken verbunden.

Ich wünsche und hoffe, daß Ihre Gedenkfeier das deutsche Herz und die deutsche Seele stärken und in Erinnerung an die großen Taten der Väter dazu beitragen möge, auch die gegenwärtige Generation zu gemeinsamem Opfersinn und fester Vaterlandsliebe zu einigen. Mit kameradschaftlichen Grüßen an alle Teilnehmer bin ich Ihr ergebener gez. von Hindenburg.

Das Schreiben des Reichspräsidenten wurde von der Versammlung mit stürmischem Beifall aufgenommen, der in begeisterten Hochrufen auf den Sieger von Tannenberg ausklang.

Reichsminister Dr. Groener über den Reichsgründungstag.

Reichsinnenminister Dr. Groener sprach aus Anlaß des Reichsgründungstages im Berliner Rundfunk. Er führte u. a. aus: In unseren Tagen wiederum kämpft das deutsche Volk um seine Rettung aus tiefster Not. Dabei stehen weniger die materiellen Güter auf dem Spiele als vielmehr die geistigen und moralischen Kräfte. In uns selbst muß das heilige Feuer lodern, das den geistigen Kräften neuen Auftrieb gibt. Die Wurzeln dieser Erneuerung liegen in der Vergangenheit. Die großen Gedenktage unseres Volkes bleiben leuchtende Wahrzeichen in jedem Deutschen. Zum 61. Male jährt sich der Tag, an dem im Spiegelsaal des Versailler Schlosses König Wilhelm I. von Preußen die deutsche Kaiserwürde annahm und damit die Neugründung des Reiches vollendete. Das große Ereignis von 1871 einte endlich wieder alle Deutschen. Damals ein Deutschland im Glanz der Siege und Erfolge, im Aufsteigen zu Ruhm und Größe, bewundert von der ganzen Welt — heute das Vaterland in tiefster Not und Bedrückung, mit ungeheuerlichen Schwierigkeiten ringend.

Im gleichen Spiegelsaal zu Versailles wurde uns 1919 jener Vertrag aufgezwungen, dessen politische und wirtschaftliche Ungerechtigkeit und Unvernunft nicht nur für unsere beispiellose Notlage, sondern auch die der ganzen Welt verantwortlich sind. Die großen Tage der Vergangenheit leuchten in das Dunkel der Gegenwart und geben Trost, Hoffnung und Stärke.

Der Minister wirft sodann einen Rückblick auf die Geschichte der Reichsbildung und fährt dann fort:

Wo die Einheit des Reiches auf dem Spiele stand, gab es keine Parteien. So soll und muß es bleiben. Der Reichsgründungstag mahnt alle Volksgenossen, zusammenzustehen in Brüderlichkeit und Einigkeit. Fort mit dem häßlichen Streit der Parteien, der unser ganzes Volksleben vergiftet. Politische Programme an sich können keine unüberwindlichen Gegensätze bedeuten, wenn nur in jedem der Grundsatz lebt, daß das Wohl der Nation über allem anderen steht. Es ist ebenso verkehrt, die Verfassung von Weimar in Bausch und Bogen zu werfen, wie in ihr ein unveränderliches, starres Idol zu sehen. Es kommt weniger darauf an, einzelne Verfassungsbestimmungen zu ändern, als sie durch den Geist, in dem sie ausgeführt werden, den lebendigen Bedürfnissen des Staates und der Nation anzupassen. Wie oft hat unser allverehrter Herr Reichspräsident zur Einigkeit aufgerufen. Er, der den Reichsgründungstag im Spiegelsaal von Versailles miterlebte, weiht sich mit aufopferndster Pflichterfüllung und heroischer Treue der Einheit der Nation. Denn nur in diesem Zeichen ist das nationale Rettungswerk zu vollbringen.

Wir wollen geloben, unsere Zwietracht zu begraben, einig und treu zusammenzustehen und nach dem Wahlspruch Bismarcks, des Schmiedes der deutschen Einheit, alle unsere Kraft dem Dienste am Vaterlande zu opfern.

Die Brauindustrie hofft auf Aenderung des Regierungsstandpunktes.

Berlin, 18. Januar. Die Brauindustrie hielt am Montag eine Mittelstandsversammlung ab, in der einheitlich der Standpunkt vertreten wurde, daß die Frage der Biersteuerherabsetzung unmittelbar miteinander verbunden seien. Eine absatzbeleberde Verbilligung des Bierpreises sei ohne Steuersenkung schwer möglich. In Kreisen der Brauindustrie erwartet man, daß die Regierung in der nächsten Zeit von ihrem starren Standpunkt in der Biersteuerfrage abgehen wird.

Oberst Fabry orakelt.

Widerspruchsvolle Erklärung des französischen Abrüstungssachverständigen.

Der Präsident des Heeresausschusses der Kammer, Oberst Fabry, der bekanntlich als französischer Sachverständiger an der Abrüstungskonferenz teilnimmt, versteigt sich in einer ebenso inhaltlosen wie widerspruchsvollen Erklärung zu dem Satz, daß die Abrüstungskonferenz sich an das in den Friedensverträgen verankerte Programm und System halten müsse, um im gleichen Atemzug hinzusetzen, daß es eine bessere Lösung nicht gäbe, da die Gleichheit der Rüstungen utopisch und undurchführbar sei.

Aus unserer Heimat

Wilsdruff, am 19. Januar 1932.

Merkblatt für den 20. Januar.

Sonnenaufgang	7^{35}	Mondaufgang	12^{39}
Sonnenuntergang	16^{37}	Monduntergang	5^{34}

1859: Die Schriftstellerin Bettina v. Arnim gest.

Der Zweigverein Wilsdruff des Landesvereins vom Roten Kreuz hielt gestern abend im „Adler" unter Leitung des Kassierers Heinrich Birkner eine Hauptversammlung ab, die sich in der Hauptsache mit der Neuwahl des Gesamtvorstandes beschäftigte. Das Amt des 1. Vorsitzenden hatte lange Jahre Sanitätsrat Dr. Barticky tatkräftig ausgefüllt. Mit seinem Wegzuge von Wilsdruff mußte er auch das ihm liebgewordene Amt niederlegen. Man sagte ihm für seine Mühe und Arbeit nochmals herzlichen Dank und wählte einstimmig Schuldirektor Thomas zu seinem Nachfolger. Seit dem Tode von Kantor Oberlehrer Hientzsch war auch das Amt des 2. Vorstehers verwaist. Kantor Hientzsch war gleichzeitig Gründer, treuer Berater und Förderer des Vereins. Man dankte ihm und ehrte sein Andenken durch stilles Gedenken. Auf den Posten des 2. Vorstehers wurde einstimmig Pfarrer Richter berufen, als Schriftführer Rechtsanwalt Hofmann und als Kassierer Privatus Heinrich Birkner einstimmig gewählt. Die abschließende Jahreshauptversammlung soll im April stattfinden.

Die Ortsgruppe Wilsdruff im G. d. A. (Gewerkschaftsbund der Angestellten) hielt am Sonnabend unter Leitung ihres Vorsitzenden Otto Messerschmidt in „Stadt Dresden" ihre erste Jahreshauptversammlung ab. Nach Begrüßung der erschienenen Kollegen wurden zunächst die Eingänge besprochen. Besonders interessant waren die Mitteilungen über die zurzeit herrschende Arbeitslosigkeit, die damit verbundenen Unterstützungsmöglichkeiten des Bundes sowie dessen Leistungen für die betroffenen Kollegen. Ferner wurden Erläuterungen über die letzte Notverordnung zum Vortrag gebracht. Betr. der nächsten Gaubezirkstagung erfolgt noch Näheres. Sodann trat man in die eigentliche Hauptversammlung ein. Der Vorsitzende erstattete den Jahresbericht, welcher beifällig aufgenommen wurde. Der Zahlstellenleiter Kollege R. Göpfert erstattete den Kassenbericht. Die Kassenprüfer berichteten über erfolgte Kassenprüfung und beiden Berichterstattern wurde einstimmig Entlastung erteilt mit besonderem Dank für ihre Bemühungen. Anschließend erfolgten die Wahlen der statutengemäß ausscheidenden Mitglieder. Die Aemter verblieben im Wesentlichen in den bisherigen Händen und wurden von den betreffenden Kollegen dankend angenommen. Zur besonderen Freude der Kollegen hatte sich der Geschäftsführer der Dresdner Geschäftsstelle, Kollege M. Krahl, eingefunden und hielt, nachdem er besonders begrüßt worden war, einen Vortrag „Bilanz 1931". Mit großem Geschick brachte der beliebte Redner die wirtschaftlichen sowie politischen Begebenheiten des vergangenen Jahres zu Gehör der Anwesenden. Der Vortrag brachte verschiedene Aufklärungen und gab zu Gedankenaustausch Veranlassung. Möge das neue Jahr eine Klärung der jetzt herrschenden Wirtschaftskrise bringen. Der Krieg sowohl als die Inflation hat mal sein Ende gefunden, so wird wohl auch die jetzige Krisenzeit hoffentlich bald ein Ende finden. Der Vorsitzende dankte dem Vortragenden für seine Ausführungen auch im Namen der Kollegen. Mit einem gemütlichen Beisammensein fand die Hauptversammlung einen harmonischen Abschluß.

Unfall in der Turnhalle. Beim Kürturnen einer Klasse der Berufsschule wurde ein Schneiderlehrling aus Limbach von Schwoderock an den Kopf getroffen. Der Arzt stellte eine leichte Gehirnerschütterung fest und veranlaßte seine Ueberführung ins hiesige Krankenhaus.

Pferdezucht. Die Besetzung der Beschälstellen erfolgt in diesem Jahre wie folgt: Am 19. Januar Mohlis mit 2 Kaltblut- und 1 Warmbluthengst, am 19. Januar Skassa mit 1 Kaltblut- und 2 Warmbluthengsten, am 19. Januar Nossen mit 1 Kaltblut- und 1 Warmbluthengst, am 21. Januar Kesselsdorf mit 1 Kaltblut- und 2 Warmbluthengsten, am 21. Januar Riesa mit 2 Kaltblut- und 1 Warmbluthengst.

Ueberzahlt die Umsatzsteuer nicht! Vom 1. Januar 1932 an ist die Umsatzsteuer auf 2 Prozent erhöht worden. Nur zu dem alten Satze von 0,85 Prozent aber brauchen solche Zahlungseingänge versteuert zu werden, welche für Lieferungen und Leistungen erfolgen, die noch im Jahre 1931 getätigt worden sind. Nach dem 1. Juli d. J. jedoch hört diese Steuervergütung auf und alle eingehenden Zahlungen müssen mit dem hohen Satze von 2 Prozent versteuert werden, wenn auch die Lieferung oder Leistung bereits im Jahre 1931 erfolgt ist. Der Umsatz von Getreide, Mehl, Schrot, Kleie sowie von daraus hergestellten Backwaren wird nach wie vor mit 0,85 Prozent versteuert. Bleibt der Jahresumsatz unter 5000 Mark, so ist überhaupt keine Umsatzsteuer zu zahlen.

Der Frühjahrsbußtag, der von der Ev.-luth. Landeskirche als Feiertag begangen wird, obgleich er keinen staatlichen Schutz mehr genießt, fällt in diesem Jahre auf Mittwoch, den 24. Februar. Wir machen darauf besonders aufmerksam, da er in Kalendern teilweise am 17. Februar verzeichnet ist. In den kommenden Jahren wird er stets am Mittwoch vor dem Sonntage Okuli gefeiert werden; 1933 also am 15. März, 1934 am 28. Februar, 1935 am 20. März und 1936 am 11. März.

Die Preisschilder-Verordnung vom 8. Januar. Das jetzt erschienene Reichsgesetzblatt Teil 1 Nr. 2 bringt den Wortlaut der Preisschilder - Verordnung des Reichskommissars für Preisüberwachung. Mit dem genauen Pfundpreis sind in Läden, Schaufenstern, Schaukästen, in der Markthalle, im Straßenhandel und auf den Märkten, sofern sie ausgestellt werden, folgende Waren zu versehen: Weizen und Roggenmehl, Grieß, Graupen, Haferflocken, Nudeln, Grütze, Makkaroni, Reis, Erbsen, Bohnen, Linsen, Zucker, Speisekartoffeln, Salzheringe, Schweineschmalz, Butter, Margarine, Kokosfett, Kunstspeisefett, Käse, Kakao, Bohnenkaffee, Malzkaffee, Kornkaffee, Obst und Gemüse. Neben dem Preis für Pfund oder Stück oder einer anderen handelsüblichen Verkaufseinheit müssen die Preisschilder auch die handelsübliche Qualitätsbezeichnung der einzelnen Waren tragen. Käse unterliegt nach § 3 der Verordnung hinsichtlich der wichtigsten Sorten der Preisangabe. Die Preisschilderverordnung ist mit dem 18. Januar in Kraft getreten.

Herabsetzung der Beiträge zur Landwirtschaftskammer. Wie gemeldet wird, hat der Vorstand der Sächsischen Landwirtschaftskammer beschlossen, auf den Termin vom 1. Februar von jedem zur Landwirtschaftskammer Beitragspflichtigen einen Grundbeitrag von 2 RM. und auf je 100 RM. Einheitswert 5 Pfennig zu erheben. Die Beiträge sind somit wiederum für den Termin um einen Pfennig je 100 RM. Einheitswert her-

Die Reichsgründungsfeier des Kyffhäuserbundes gestaltete sich auch in diesem Jahre wieder zu einer machtvollen Kundgebung der größten Organisation ehemaliger Soldaten. Zahlreiche Führer der alten Armee sowie Vertreter der Reichswehr und der Reichsregierung nahmen an der Feier teil. Ueber 600 Fahnen aus allen Teilen des Reiches gaben der Veranstaltung ein festliches Gepräge. Unter den Ehrengästen befanden sich auch (oben von links) Reichswehr- und Reichsinnenminister Groener mit Gattin sowie General von Hasse. Unten: Generalfeldmarschall von Mackensen und Generalleutnant Ritter von Danner während der Ansprache des Generals a. D. von Horn, des Präsidenten des Kyffhäuserbundes (links).

SLUB
Wir führen Wissen.
Heimatmuseum
der Stadt Wilsdruff
WILSDRUFF

abgesetzt worden. Ferner beschloß man, die Prüfungsgebühren für Landwirtschaftslehrlinge von 30 auf 25 RM. herabzusetzen und das Schulgeld für sächsische Schüler auf 25 RM. und für sächsische Schülerinnen auf 30 RM. je Halbjahr des dreijährigen Lehrgangs festzusetzen.

Kampf um den Rundfunk. Der Reichsverband deutscher Rundfunkteilnehmer wendet sich mit einem Aufruf an die Hörer. In Deutschland erhebe der Rundfunk höhere Gebühren als in jedem anderen Lande der Welt, obwohl Deutschland mit der Hörerzahl an der Spitze marschiere. Der Rundfunk sei zum Handlanger kapitalistischer, marxistischer und geschäftlicher Interessen geworden. Er könne aber seine kulturellen und nationalen Aufgaben nur dann erfüllen, wenn er sich ohne Rücksicht auf Interessen in den Dienst des Volkes stelle und auch dem ärmsten Volksgenossen erreichbar sei. Als Organisation der nationalen Hörerschaft und in Vertretung aller Parteien und Verbände der nationalen Opposition fordere der Verband die rücksichtslose Herabsetzung der Gebühren auf eine Mark monatlich.

Osthilfe. Bei der Industrie- und Handelskammer Dresden wird ein Verzeichnis aller von der Landstelle Dresden und den Amtshauptmannschaften Dresden, Großenhain, Meißen, Oschatz, Pirna und Riesa eröffneten Sicherungsverfahren geführt, die der Kammer mitgeteilt worden sind. Dieses Verzeichnis kann während der Geschäftsstunden (½9 bis 13 Uhr) eingesehen werden.

Die neuen 6- und 12-Pfennig-Marken, die in der Reichsdruckerei hergestellt werden, sollen erst Anfang Februar den einzelnen Postämtern zugeleitet werden. Die 6-Pfennig-Marke trägt, wie die 8-Pfennig-Marke, den Kopf des ersten Reichspräsidenten Ebert. Sie ist gleichfalls grün, jedoch in einem anderen Ton gehalten als die 8-Pfennig-Marke. Die 12-Pfennig-Marke unterscheidet sich in ihrem rötlichen Ton gleichfalls nur unbedeutend von der 15-Pfennig-Marke. Sie zeigt den Kopf des Reichspräsidenten von Hindenburg. Die 8- und 5-Pfennig-Marken sollen auch in Zukunft erhalten bleiben. Bis zur Ausgabe der 6- und 12-Pfennig-Marken empfiehlt die Reichspost dem Publikum entweder zwei 3-Pfennig-Marken oder eine 4- und eine 8-Pfennig-Marke zu kleben.

Kein Versagen eines Dauerwell-Apparates. Von berufener Seite erfahren wir, daß das Unglück in dem Kasseler Friseursalon nicht auf das Versagen eines Dauerwell-Apparates zurückzuführen ist. Der Vorfall ist beim Trocknen der Haare durch Zusammenwirken verschiedener Umstände, vor allem durch Benutzung feuergefährlicher Zelluloid-Kämmchen eingetreten. Dauerwell-Apparate mit bekannten Namen sind heute technisch so vollendet und unterliegen so scharfen Vorschriften, daß weder Versagens eines Dauerwell-Apparates in der Damenwelt keine Besorgnisse zu herrschen brauchen. Im übrigen sind die ersten Meldungen über den Unfall stark übertrieben.

Grumbach. Die Freiw. Feuerwehr hielt am Sonnabend bei Kamerad Bohr ihre Jahreshauptversammlung ab. Um 8 Uhr eröffnete Hauptmann Beyer dieselbe mit kameradschaftlichem Gruß, dankte für zahlreiches Erscheinen und der Gemeindevertretung für bewiesenes Wohlwollen. Die Tagesordnung wurde verlesen und genehmigt. 1. Verlesen der letzten Niederschrift. 2. Bekanntmachungen. 3. Jahresbericht. 4. Kassenbericht. 5. Wahlen. 6. Aufnahme neuer Mitglieder. 7. Verschiedenes. Nach Verlesen der letzten Niederschrift geht man zu Punkt 2 über. Es wurde der statistische Bericht für das Jahr 1931 verlesen, welcher als Duplikat dem Bezirksverband Meißen übersandt wurde. Auch wurde bekannt gemacht, daß vom E. B. Gröba Feuerwehrelektriker-Werkzeug zur Verteilung kam. Zu Punkt 3 wurde der Jahresbericht durch Kamerad Feldwebel Mehlhorn verlesen. Die Wehr besteht aus 45 Mann. Dieselbe hat im vergangenen Jahre 540 Dienststunden geleistet. Der Besuch der Uebungen beträgt 81%. Der Dienst bestand aus 12 Uebungen, 2 Alarmübungen, 1 Prüfungsübung (Inspektion), 1 Hauptversammlung, 6 Dienstversammlungen, 2 Kommandositzungen, 3 Feuerwehrelektriker-übungen, 3 Sanitätsübungen und 4 Theaterwachen. Unter Punkt 4 kam der Kassenbericht zum Vortrag durch Kamerad Mehlhorn. Die Kasse war geprüft und für richtig befunden, so daß Entlastung des Kassierers erfolgte. Hierauf ergriff Hauptmann Beyer das Wort und dankte herzlich für die Mühe und vorzügliche Arbeit des Feldwebels. Anschließend wurde Steigerzugführer Grießmann wiedergewählt, desgleichen auch als stellvertretender Hauptmann. Feldwebel Mehlhorn wünschte als Feldwebel abgelöst zu werden wegen beruflicher Ueberlastung. Da dieses Verlangen schon voriges Jahr von ihm zum Ausdruck kam, schritt man zur Wahl. Einstimmig wurde stellvertretender Spritzenzugführer Max Brendel als Feldwebel gewählt und als stellvertretender Spritzenzugführer Kamerad Mehlhorn. Hierauf nahm Hauptmann Beyer das Wort und dankte Kamerad Mehlhorn für die Dienste, welche selbiger geleistet hat seit Bestehen der Wehr als Feldwebel. Bürgermeister Umlauft dankte zunächst für die Einladung zugleich im Namen der Gemeindeverordneten, gibt seine Freude zum Ausdruck über die Tätigkeit der Wehr im verflossenen Jahre und verspricht weiterhin vollstes Entgegenkommen der Gemeindevertretung gegenüber der Wehr. Bei Punkt 6 werden 30 neue passive Mitglieder einstimmig aufgenommen, so daß jetzt ein Bestand von 50 passiven Kameraden besteht, welches allgemein große Freude hervorrief. Unter Verschiedenes wurde die Feier des Stiftungsfestes auf spätere Beratung vertagt. Die Vereinssteuer bei Aktiven und Passiven wurde gesenkt. Arbeitslose Kameraden sind steuerfrei. Noch einige Ansprachen erfolgten hierauf. Zum Schluß dankte Kamerad Hauptmann Beyer allen Kameraden und forderte auf, im neuen Jahre die Kameradschaft hochzuhalten und Freude zum Wehrmannsdienst jederzeit unter dem Motto „Alle für Einen, Einer für Alle", denn „In der Einheit Kraft und Stärke lieget unser Hände Werke."

Kesselsdorf. Männergesangverein. Der Männergesangverein „Liedertafel" hielt am Sonnabend im Oberen Gasthof seine übliche Weihnachtsfeier ab. Das Vergnügen, welches als interne Vereinsveranstaltung nur von den Mitgliedern und ihren Angehörigen besucht war, nahm einen recht harmonischen Verlauf. Das fröhliche Tänzchen wurde umrahmt von einigen gut vorgetragenen gesanglichen und humoristischen Darbietungen. Auch die übliche Kaffeetafel mit dem dazugehörigen Tafellied, welches in humorvoller Weise die kleinen Schwächen der einzelnen Mitglieder kritisierte und von Sangesbruder Felix Richter verfertigt worden war, fehlte nicht. Eine Tombola, welche aus beim Wirt erhältlichen Eß- und Trinkwaren bestand, fand ebenfalls lebhaften Zuspruch. Bis in die frühen Morgenstunden wurde das Tanzbein lebhaft geschwungen und man konnte mit dem Bewußtsein nach Hause gehen, wieder mal eine kleine Aufheiterung in dieser sorgen- und notverordnungsreichen Zeit erfahren zu haben.

Kesselsdorf. Handball. Kesselsdorf 1. — Verein für Leibesübungen Polizei 12:2 (4:1). Die 1. Mannschaft trug Sonntag nachmittag ein Freundschaftsspiel gegen die obige Mannschaft aus. Die Polizei trat nur mit 9 Mann an und war auch sonst nicht auf der Höhe. K. lag fast stets im Angriff und war auch in der Kombination bedeutend besser. Das Spiel wurde von den mißlichen Bodenverhältnissen beeinträchtigt. K. muß sich noch angewöhnen, die Außen besser zu bedienen. Der Unparteiische leitete einwandfrei. Zuschauer waren zahlreiche erschienen.

Reukirchen. Die Hauptversammlung der Freiwilligen Feuerwehr fand am Sonntag abend in Otto Kretzschmars Gasthof statt. Nach Begrüßungsworten des Hauptmanns Kurt Beuchler erstattete Feldwebel Melde den gut bearbeiteten Jahresbericht, welcher noch einmal das verflossene arbeitsreiche Geschäftsjahr erstehen ließ. Neben den unerläßlichen Uebungen wurde die Schlagfertigkeit der Wehr durch einige Angriffsübungen geschult und bei dem durch Blitzschlag entstandenen Schadenfeuer bei Gutsbesitzer Lippert in Dittmannsdorf bewies die Wehr ihr Können. Im vergangenen Jahre entstand das längst notwendig gewordene Steigerhaus, begünstigt durch die unentgeldliche Ueberlassung des Platzes seitens des Gasthofbesitzers, ferner durch Geldspenden des Leuschnerschen Musikchores — Konzert am 18. Januar — und des Männergesangvereins sowie unter der Bauleitung des Baugewerbetreibenden Willy Steudte unter Mithilfe von uneigennützigen Wehrleuten im Rahmen der produktiven Erwerbslosenbeschäftigung. Auch der Kassenbericht war geprüft und in Ordnung befunden worden, so daß der Antrag des Passiven Mitgliedes Osw. Seipt auf Befreiung der Aktiven und Herabsetzung der Passiven auf 2 Mark pro Jahr widerspruchslos Annahme fand. Schließlich beschloß man, das Stiftungsfest wie alljährlich gemeinsam mit Männergesangverein und Militärverein diesmal am 6. Februar zu veranstalten. Einstimmig wählte man den satzungsgemäß ausscheidenden Hauptmann Kurt Beuchler und den Spritzenzugführer Arthur Beuchler auf weitere zwei Jahre und erledigte anschließend interne Angelegenheiten.

Mohorn. Wettspiel. Die erste Mannschaft Grund-Mohorn spielte am Sonntag gegen die erste Mannschaft Weistropp auf Träderts Wiese und konnte mit 4:1 sicher gewinnen. Im Wettspiel der zweiten Mannschaften siegte Mohorn mit 3:0 sicher.

Herndorf. Homöopathischer Verein. Zur Jahreshauptversammlung hatte der Homöopathische Verein von Herndorf und Umgebung am Sonntag seine Mitglieder nach dem Hasseschen Gasthof geladen. Vorstand Heise-Wilsdruff begrüßte die Erschienenen und gedachte des Ablebens von vier Mitgliedern durch Erheben von den Plätzen. Im verflossenen Vereinsjahr stieg die Zahl der aktiven Mitglieder von 147 auf 179, die der passiven von 79 auf 84; es erfolgten 5 bez. 2 Austritte. Den Einnahmen von 3036.30 Mark standen 2577.55 Mark Ausgaben gegenüber, so daß 1932 mit einem Kassenbestand von 458.71 Mark begonnen werden konnte. Das Rechnungswerk wurde geprüft, für richtig befunden und dem Kassierer Dank und Entlastung erteilt. Einstimmig wählte die Versammlung den ersten Vorsitzenden Heise wieder. Die Steuerbeiträge erniedrigte die Versammlung von 1.60 auf 1.20 Mark. Entgegenkommender Weise faßte der Verein den Beschluß, bedürftigen Mitgliedern ½ Jahr die Beträge zu erlassen.

Vereinskalender.

Spielermannschaften des Turnvereins D. T. 20. Januar Hauptversammlung.
Fechtverein. 22. Januar Jahreshauptversammlung.
Turnverein D. T. 23. Januar Jahreshauptversammlung.
Homöopath. Verein. 24. Jan. Jahreshauptversammlung.
„Sängerkranz". 27. Januar Jahreshauptversammlung.

Wetterbericht.

Vorhersage der Sächsischen Landeswetterwarte für den 20. Januar: Besonders nachts und am Morgen verbreitet neblig oder dunstig, im übrigen leicht bewölkt bis zeitweilig auch aufheiternd. Nachts kühler als bisher, vielfach leichter Nachtfrost. Tagsüber noch mild. Schwache bis mäßige westliche bis südliche, im Gebirge auch südwestliche Winde.

Richtigstellung.

Der Führer des Jungdeutschen Ordens in Sachsen bittet um Aufnahme nachstehender Zeilen:

Laut Veröffentlichung im „Wilsdruffer Tageblatt" Nr. 8 des Jahrganges 1932 hat in einer Nationalsozialistischen Versammlung in Kaufbach der Redner Roßberg-Meißen u. a. geäußert:

. . . und die Jungdeutschen, die im Gegensatz zu früher mit Goldschmidtschem Kapitale andere Wege gehen . . .

Ich erkläre hiermit, daß der Jungdeutsche Orden seit seinem Bestehen keinerlei Gelder genommen hat, und daß die Behauptung des Redners eine Verleumdung ist. Wir weisen derartige Kampfesmethoden ganz energisch zurück.

Lasse, Großkomtur.

Sachsen und Nachbarschaft

Dresden. Die Musikinstrumentensteuer rechtsgültig! Das sächsische Oberverwaltungsgericht hat die Klage, die der Verband der Klavierhändler im Auftrag einer großen Anzahl Steuerpflichtiger gegen die Stadtgemeinde Dresden wegen der Wiedereinführung der Musikinstrumentensteuer erhoben hatte, kostenpflichtig abgewiesen. Die Abweisung wird hauptsächlich damit begründet, daß die Gemeindekammer berechtigt gewesen sei, die fehlende Zustimmung der Stadtverordneten zu den ortsgesetzlichen Bestimmungen zu ersetzen. Der Jahresertrag wird auf 800 000 Mark beziffert.

Altstadt bei Stolpen. Holzdiebstähle im Großen. Seit längerer Zeit waren in den Waldungen eines hiesigen Landwirts in großem Umfange Holzdiebstähle verübt worden. Mit Hilfe eines angesetzten Spürhundes ist es nun endlich gelungen, die Spitzbuben zu ermitteln. Das in einer Scheune aufgestapelte riesige Diebeslager wurde beschlagnahmt.

Königsbrück. Fahrlässiger Brandstifter stellt sich selbst. Ein Handwerksbursche, der hier in einer Gartenlaube übernachtet hatte, steckte sich beim Verlassen seines Unterschlupfes eine Zigarette an und warf das noch glimmende Streichholz achtlos fort. Das Streichholz fiel in das Stroh des Nachtlagers. Dieses fing Feuer und bald stand die Laube in Flammen. Der Handwerksbursche stellte sich selbst der Polizei.

Schwepnitz. Scheunenbrand. Die Scheune des Kaufmanns Schneider brannte völlig nieder, da die Flammen an den Erntevorräten gute Nahrung fanden. Verbrannt sind auch zahlreiche landwirtschaftliche Geräte, Wagen usw.

Chemnitz. Wieder ein Scheunenbrand. Die Vorstadt Reichenhain ist in den letzten Wochen wiederholt von größeren Schadenfeuern heimgesucht worden. Jetzt stand die Scheune eines Gutes in der Jägerschlößchenstraße in hellen Flammen. Sämtliche Erntevorräte, landwirtschaftliche Maschinen und mehrere Wagen wurden vernichtet. Ein Übergreifen des Feuers auf die anderen Gebäude konnte verhindert werden.

Limbach. Nationalsozialist überfallen. Auf der Chemnitzer Straße wurde in der Nähe der Einmündung der Feldstraße ein Radfahrer, der Nationalsozialist ist, von einem Chemnitzer Kommunisten, der in einem Trupp nach dem Turnerheim marschierte, überfallen und vom Rade gestoßen. Der Radfahrer erlitt Verletzungen. Der Täter wurde festgenommen.

Taura. Hohe Aufwertung. In der letzten Sitzung der Gemeindeverordneten teilte Bürgermeister Wolf mit, daß die Sparkasseneinlagen auf 39 Prozent aufgewertet worden seien.

Lunzenau. Starkstrom tötet ein Pferd. Im Hofe eines Mühlenbesitzers wurde ein Pferd durch einen elektrischen Schlag getötet. Im Nebengrundstück war aus unbekannter Ursache eine Radioantenne gerissen, die über eine Starkstromleitung zur Erde niederhing. Das Pferd trat auf den Draht und fiel sofort tot um.

Lößnitz i. E. Schwerer Verkehrsunfall. Von dem Eilomnibus der Strecke Chemnitz—Aue wurden auf der Stollberger Straße der Schuhmacher Thierfelder und der Schlosser Scharf, beide aus Neulößnitz, überfahren und lebensgefährlich verletzt. Beide wurden mit Schädelbrüchen und schweren inneren Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert.

Stangengrün bei Zwickau. Er wollte nicht mehr länger warten. In der Feldscheune eines hiesigen Besitzers machte ein 80jähriger Mann seinem Leben durch Erhängen ein Ende. Der Grund zur Tat des sonst als lebenslustig bekannten Mannes ist in einem schweren körperlichen Leiden zu suchen.

Leipzig. Unter der Straßenbahn. Als die 78 Jahre alte Postschaffners-Witwe Marie Lorenz die Dresdner Straße überschritt, wurde sie von einem Straßenbahnzug erfaßt und zu Boden gerissen. Mit schweren Kopfverletzungen, anscheinend einem Schädelbruch, wurde die Verunglückte nach dem Krankenhaus übergeführt.

Leipzig. Termine der Frühjahrsmesse. Die Große Technische Messe und Baumesse findet in diesem Jahre vom 6. bis 13. März statt. Sie dauert demnach nur acht Tage anstatt wie bisher elf Tage.

Weitere Zunahme der Wohlfahrtserwerbslosigkeit in Sachsen.

42 Prozent aller Erwerbslosen fallen den Gemeinden zur Last.

Die Zahl der von den sächsischen Gemeinden betreuten Wohlfahrtserwerbslosen ist auch weiterhin erheblich gestiegen. Ende Dezember 1931 wurden in Sachsen 226 952 vom Arbeitsamt anerkannte Wohlfahrtserwerbslose gezählt gegenüber 207 184 am Ende des Vormonats, also eine Zunahme um 19 768, die größer ist, als der Zuwachs im November (14 510). Berücksichtigt man noch die 9278 Unterstützungsempfänger, deren Anerkennung als Wohlfahrtserwerbslose das Arbeitsamt am Stichtage noch nicht ausgesprochen oder abgelehnt hatte, so ergibt sich, daß in Sachsen Ende November 236 230 Arbeitslose oder 42 Prozent aller unterstützten Arbeitslosen der Wohlfahrtspflege den Gemeinden zur Last fielen, während auf die Krisenfürsorge 30 Prozent und auf die Arbeitslosenversicherung nur noch 28 Prozent entfielen. Ende Dezember 1930 dagegen versorgte die Arbeitslosenversicherung noch fast die Hälfte, die gemeindliche Wohlfahrtspflege aber nur 22 Prozent der unterstützten Arbeitslosen.

Die auf 1000 Einwohner errechnete Zahl der anerkannten Wohlfahrtserwerbslosen erreichte Ende Dezember 1931 im Landesdurchschnitt 45,4 (gegen 41,5 am 30. November 1931 und 20,1 Ende November 1930). Wesentlich größer ist die Wohlfahrtserwerbslosigkeit in folgenden 14 bezirksfreien Städten: Freital (82,3), Pirna (79,6), Chemnitz (73,1), Freiberg (65,0), Mittweida (61,5), Wurzen (57,8), Plauen (57,3), Bautzen (54,7), Leipzig (54,4), Dresden (53,1), Meißen (52,6), Werdau (51,2), Riesa (52,4) und Zwickau (46,6). Unter den ländlichen Bezirksfürsorgeverbänden standen Pirna (58,9), Leipzig (54,8), Flöha (48,5) und Dresden (47,3) an der Spitze.

Jubiläumsfeier des Gustav-Adolf-Vereins.

Glaubensnot in der Diaspora.

Als Einleitung zum Gustav-Adolf-Vereins-Jubiläumsjahr und zur Erinnerung an Gustav Adolfs Sieg und Tod veranstaltete die Evangelische Gustav-Adolf-Stiftung in Leipzig in der vollbesetzten Matthäikirche eine große Gustav-Adolf-Feier. Nach dem Gesang der Gemeinde sprach Generalsuperintendent

D. Blau, Posen,

über Glaubensnot und Liebesdienst in der evangelischen Diaspora in Polen. D. Blau stellte an den Anfang seiner Ausführungen, daß die politische wirtschaftliche und kulturelle Not in dem Abtretungsgebiet der ehemaligen Provinzen Posen und Westpreußen ungemein groß sei, am schwersten werde aber die evangelische Glaubensnot empfunden. 460 weitverstreute Gemeinden müßten von 200 Pfarrern betreut werden. So komme es zu einer Vereinsamung im Glauben. Die Schulgesetzgebung zwinge dazu, viele evangelische Kinder in katholisch-polnische Schulen zu schicken. Es sei fast unmöglich, Privatschulen zu unterhalten, und die Schulnot werde immer schlimmer. In diesen Notzeiten sei aber auch das Bewußtsein der Schicksalsgemeinschaft gewachsen. Die großen Aufgaben würden sich aber schwerlich haben durchführen lassen, wenn der Gustav-Adolf-Verein der Kirche in der Diaspora nicht treue Hilfe geleistet hätte.

Geh. Kirchenrat Prof. Dr. Rendtorff

betonte, daß Luther den evangelischen Christen die Aufgabe hinterlassen habe, das Evangelium auch in der Diaspora zu verbreiten. Sein hundertjähriges Bestehen wolle der Gustav-Adolf-Verein mit dem Mut der Jugend feiern und beweisen, daß es in der Welt der Gottlosigkeit auch noch einen großen Kreis von Frauen und Männern gebe, die dem Evangelium dienen wollten. Im neuen Jahrhundert der alte Gustav-Adolf-Verein!

SLUB
Wir führen Wissen.
Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff
WILSDRUFF

Aus sächsischen Gemeindeparlamenten.

Bennewitz bei Wurzen. Die letzte Sitzung der Gemeindeverordneten mußte vom Vorsteher vorzeitig aufgelöst werden, nachdem der Kommunist Neuber sich in Anwürfen gegen die diktatorischen Sparmaßnahmen des sozialdemokratischen Bürgermeisters Lausmann ergangen hatte. Trotz mehrmaliger Aufforderung des Vorstehers stellte Neuber seine gehässigen Reden nicht ein. Die lebhafte Aussprache steigerte sich vielmehr zu einem Tumult, in den sich die Zuhörer einmischten, so daß eine Weiterverhandlung unmöglich war und die Sitzung vorzeitig geschlossen werden mußte.

Mittelfrohna. Als Gemeindeverordnetenvorsteher wurde Verordneter Köthe (Bürgerl.) gewählt. Sein Stellvertreter wurde Verordneter Bretschneider (Bürgerl.) Ein Gesuch der Erwerbslosen um Unterstützung mußte abgelehnt werden, da keine Mittel vorhanden sind.

Oberwiesa. In der Gemeindeverordnetensitzung, in der Bürgermeister Herbst als Vorsteher und Hugo Petzold als Stellvertreter wiedergewählt wurden, wurde mitgeteilt, daß die Anweisung der Amtshauptmannschaft, die Aufwandsentschädigung der Gemeindeverordneten um die Hälfte zu senken, abgelehnt worden sei. Als Begründung gab man an, daß nach anderweiter Aufstellung des Haushaltplanes nicht mehr ein Fehlbetrag, sondern ein Überschuß vorhanden sei. Auch die Erhöhung der Gemeindezuschläge zur Grund- und Gewerbesteuer auf 135 Prozent lehnte man ab.

Rußdorf. In der ersten Gemeindeverordnetensitzung des Jahres 1932 wurde als Vorsteher der Gemeindeverordneten der bürgerliche Verordnete Franke gewählt. Sein Stellvertreter wurde der Kommunist Trinks. Mehrere Anträge der kommunistischen Fraktion über Wirtschaftsbeihilfen für Erwerbslose wurden bei Stimmenthaltung der anderen Fraktionen genehmigt. Bürgermeister Schulze teilte mit, daß er keinen Einspruch einlege, da die Ausführung der Beschlüsse bei der schlechten finanziellen Lage der Gemeinde ohnehin undenkbar sei.

Aus Sachsens Gerichtssälen.

Die Schweigepflicht der Gemeindeausschußmitglieder.

Verwaltungsgericht. Durch Beschluß der Gemeindeverordneten von Ottendorf-Okrilla war der Zigarrenhändler Richter von den Sitzungen des Wohlfahrtsausschusses auf die Dauer von drei Monaten ausgeschlossen worden, weil er als Mitglied des Ausschusses die Stellungnahme eines anderen Ausschußmitgliedes zu einem Unterstützungsgesuch, das in nichtöffentlicher Sitzung beraten worden war, dem Gesuchsteller mitgeteilt hatte. Obgleich R. die Tatsache der Verletzung der Schweigepflicht zugeben mußte und sie bloß damit zu rechtfertigen versuchte, daß er auf Wunsch des Gesuchstellers gehandelt habe — eine Darstellung, die nicht zutrifft, denn es ist durch Zeugen festgestellt, daß er dem Gesuchsteller unaufgefordert die Stellungnahme des anderen Ausschußmitgliedes nannte — hatte er den Gemeindeverordnetenbeschluß mit Klage angefochten. Nach seiner Meinung hätte ein Verweis genügt. Nachdem die Gemeindeverordneten noch darauf hingewiesen hatten, daß der Kläger die Verschwiegenheitspflicht ganz offenbar aus geschäftlichen Gründen verletzt hat, hat das Verwaltungsgericht der Kreishauptmannschaft Dresden die Klage abgewiesen. Ein Verweis sei als Strafe für Verletzung der Amtsverschwiegenheit nicht vorgesehen. Zudem seien die Umstände derartig bedeutsam, daß eine Verletzung des pflichtmäßigen Ermessens in der Auswahl der Höchststrafe nach Lage des Falles nicht zu erblicken war.

Empfindliche Strafe für einen Automarder.

Dresden. Im Laufe des Oktober wurden verschiedentlich Autos im Stadtinnern gestohlen. Die Wagen wurden, als das Benzin verbraucht war, stehen gelassen, nachdem ihr Inhalt, Koffer, Mäntel, Kleider, Decken usw. gestohlen worden war, in einem Falle auch die Führerpapiere. Dem Angeklagten Skorna konnten sieben Diebstähle nachgewiesen werden. Der weinende und anscheinend reuige Angeklagte ging mit außerordentlicher Frechheit zu Werke. Als bei einem Diebstahl in der Reitbahnstraße das betreffende Auto mit dem Anlasserschlüssel nicht ansprang, bat Skorna ein paar Straßenpassanten, „seinen Wagen" mit fortschieben zu helfen. Der Wagen war aber gesichert; sein Eigentümer fand ihn unversehrt am Wiener Platz wieder. Der wegen Diebstahls vorbestrafte Angeklagte erhielt wegen Diebstahls in sieben Fällen und Verkehrsübertretung ein Jahr drei Monate Gefängnis.

Vermischtes

Wenn eine Fußballmannschaft nicht antritt... Einem überaus schlechten Streich ist dieser Tage der Fußballsportklub Gießen 1900 zum Opfer gefallen. Er hatte sich zu einem Freundschaftsspiel einen spielstarken Gegner aus Friedberg verpflichtet. Mit großem Interesse sahen die Lokalpatrioten dem Spiel entgegen. Zur festgesetzten Zeit waren natürlich die Zuschauer in großer Zahl erschienen und warteten der Dinge, die da kommen sollten. Sie kamen aber nicht, nämlich die Gäste aus Friedberg. Erbost stürmten die Zuschauer die Kasse und verlangten ihr Eintrittsgeld zurück. Des Rätsels Lösung brachte eine Rückfrage in Friedberg. Ein Unbefugter hatte die Friedberger Mannschaft telephonisch in letzter Minute abbestellt. Als mutmaßlicher Täter wurde ein Mitglied eines Konkurrenzvereins ermittelt.

Börse — Handel — Wirtschaft

Leipziger Schlachtviehmarkt. Auftrieb: 124 Ochsen, 374 Bullen, 308 Kühe, 107 Färsen, 361 Kälber, 900 Schafe, 2313 Schweine. Preise: Ochsen 1. 33—35, 2. 30—32, 3. 27—29, Bullen 1. 30—32, 2. 27—29, 3. 24—26, 4. 22—23, Kühe 1. 28—30, 2. 25—27, 3. 22—24, 4. 15—21, Färsen 1. 33—35, 2. 28—32, Kälber 2. 38—42, 3. 34—37, 4. 30—33, 5. 25—29, Schafe 1. 32 bis 35, 2. 35—38, 3. 28—31, Schweine 1. 44, 2. 43—44, 3. 42 bis 43, 4. 40—41, 5. 38—39, 7. 34—40. Geschäftsgang: Rinder und Kälber schlecht, Schafe und Schweine langsam.

Dresdner Produktenbörse.

	18. 1.	15. 1.		18. 1.	15. 1.
Weizen 77 Kilo	222—227	219—224	Weiz.-Kl.	9,8—10,2	9,8—10,2
Roggen 73 Kilo	203—205	201—206	Rogg.-Kl.	10,5—11,5	10,5—11,5
Wintergst	—	—	Kaiserauszugmehl	43,5—45,5	43,5—45,5
Sommergst	172—186	172—186	Bäckermundmehl	37,0—39,0	37,0—39,0
Hafer, inl.	142—152	142—152	Weizennachmehl	21,5—23,0	21,5—23,0
Raps, tr.	—	—	Inlandweizenm. Type 70 %	39,0—41,0	39,0—41,0
Plata Laplata	—	—	Roggenmehl 0 I Type 60 %	32,2—33,0	32,2—33,0
Cinau.	—	—	Roggenmehl I Type 70 %	30,7—31,5	30,7—31,5
Rotklee	—	—	Roggennachmehl	22,0—24,0	22,0—24,0
Trockenschnitzel	6,50—6,70	6,30—6,50			
Zuckerschnitzel	7,80—8,10	7,80—8,10			
Kartoffelflocken	17,0—17,5	—			
Futtermehl	13,5—14,5	13,5—14,5			

Chemnitzer Schlachtviehmarkt. Auftrieb: 166 Ochsen, 223 Bullen, 424 Kühe, 22 Färsen, 5 Fresser, 731 Kälber, 318 Schafe, 2580 Schweine. Preise: Ochsen a) 1. und 2. 32—35, b) 1. und 2. 27—30, c) 20—24, Bullen a) 29—32, b) 24—27, c) 19—23, Kühe a) 28—32, b) 23—27, c) 17—20, d) 13—16, Färsen a) 33 bis 35, b) 22—28, Kälber b) 39—42, c) 35—38, d) 30—34, Schafe a) 2. 32—34, b) 27—30, c) 24—26, Schweine a) 38—43, b) 39—42, c) 37—41, d) 34—40, e) 32—35, g) 30—37. Geschäftsgang: Rinder schlecht, Schafe mittel, Kälber und Schweine schleppend.

*

Amtliche Berliner Notierungen vom 18. Januar.

Devisenbörse. Dollar 4,20—4,21; engl. Pfund 14,60 bis 14,64; holl. Gulden 169,43—169,77; Danz. 81,87—82,03; franz. Franc 16,54—16,58; schweiz. 82,12—82,28; Belg. 58,59—58,71; Italien 21,15—21,19; schwed. Krone 80,92—81,08; dän. 80,42 bis 80,58; norweg. 79,12—79,28; tschech. 12,46—12,48; österr. Schilling 49,95—50,05; Argentinien 1,04—1,05; Spanien 35,66 bis 35,74.

Produktenbörse. Teilweise angeregt durch festere Meldungen aus Amerika, vor allem aber durch das schwache Inlandsangebot zogen die Getreidepreise an. Weizen kaufte der Rhein. Roggen wird allenthalben verlangt. Der Lieferungsmarkt zeigte entsprechende Stimmung. Gerste stetig, desgleichen Hafer, der vorsichtig angeboten wird und mäßige Nachfrage von seiten des Konsums hat. Mehl ruhig.

Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark.

	18. 1.	16. 1.		18. 1.	16. 1.
Weiz., märk.	226-228	224-226	Weizkl. f. Bln.	9,6-10,0	9,6-10,0
pommersch.	—	—	Roggkl. f. Bln.	9,6-10,0	9,6-10,0
Rogg., märk.	197-199	196-198	Leinsaat	—	—
Braugerste	160-170	160-170	Raps	—	—
Sommergst.	—	—	Erbsen, Vikt.	21,0-27,5	21,0-27,5
Futtergerste	155-160	155-160	kl. Speiseerbs.	21,0-23,5	21,5-24,0
Wintergerste	—	—	Futtererbsen	15,0-17,0	15,0-17,0
Hafer, märk.	135-143	135-143	Peluschken	16,0-18,0	16,0-18,0
pommersch.	—	—	Ackerbohnen	14,0-16,0	14,0-16,0
westpreuß.	—	—	Wicken	16,0-19,0	16,0-19,0
Weizenmehl per 100 kg fr. Berl. br. inkl. Sack	27,5-31,2	27,5-31,2	Lupine, blaue	10,0-12,0	10,0-12,0
			Lupine, gelbe	14,0-15,5	14,0-15,5
			Seradella	22,0-28,0	22,0-28,0
			Leinkuchen	11,9-12,0	11,9-12,0
Roggenmehl per 100 kg fr. Berl. br. inkl. Sack	27,0-29,2	27,0-29,2	Erdnußkuchen	12,3	12,1[illegible]
			Trockenschtzl.	6,5-6,6	6,5[illegible]
			Sojaschrot	11,5-11,6	10,6-11,[illegible]
			Torfml. 30/70	—	—

Preisnotierungen für Eier. (Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission.) 1. Deutsche Eier: Trinkeier (vollfr., gest.), über 65 Gramm 11, über 60 Gramm 9,5, über 55 Gramm 8,5, über 45 Gramm 7,25; aussortierte kleine und Schmutzeier 5—6,25. 2. Auslandseier: Dänen 18er 10,5, 17er 10, 15½—16er 8, leichtere 6,5—7,25, Holländer Durchschnittsgewicht 68 Gramm 10,5, 60—62 Gramm 8,25—9, 57 bis 58 Gramm 7,25—8, leichtere 7, Rumänen 5,5—7,75, kleine Mittel- und Schmutzeier 4,5—5,6. In und ausländische Kühlhauseier: Normale 5—6. Kalkeier: Große 6, normale 4,5—5.

Amtliche Berliner Kartoffelpreisnotierung je Zentner waggonfrei märkischer Station: Weiße Kartoffeln 1,50—1,60, rote Kartoffeln 1,70—1,90, Odenwälder blaue 1,80—2,00, andere gelbfleischige (außer Nieren) 2,10—2,30, Exportware in allen Klassen 0,50—0,75 höher, Fabrikkartoffeln 8,25—9,25 Pf. pro Stärkeprozent.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten

Verlag und Druck: Buchdruckerei Arthur Schunke,
Verlagsleitung: Paul Kumberg,
Verantwortlich für die Schriftleitung: Hermann Lässig,
für Anzeigen und Reklamen: A. Römer, sämtlich in Wilsdruff

Amtliche Verkündigungen

Die Amtshauptmannschaft hat gemäß § 3 Absatz 1 Satz 3 Kapitel IX des Zweiten Teiles der Zweiten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 5. Juni 1931 (Reichsgesetzblatt I Seite 292) in Verbindung mit der Verordnung über Sicherung der Haushaltführung der Gemeinden und Gemeindeverbände vom 15. Juli 1931 (Gesetzb att Seite 115) für die Gemeinden Blankenstein, Burkhardswalde, Groitzsch, Helbigsdorf, Munzig, Neukirchen, Sora, Tanneberg, Weistropp angeordnet, daß die nach § 30 des Gewerbesteuergesetzes / § 32 des Grundsteuergesetzes vom 30. Juli 1926 zu erhebende **Zuschlagssteuer** für die Zeit vom 1. Januar 1932 bis 31. März 1932 **in Höhe von 135 vom Hundert der staatlichen Steuer** erhoben wird.

Meißen, am 18. Januar 1932.

Die Amtshauptmannschaft.

Auf Blatt 154 des hiesigen Handelsregisters ist am 15. Januar 1932 eingetragen worden:

Die Firma **Emil Eutzschky** in **Wilsdruff** und als deren **Inhaber** der Kaufmann **Emil Eutzschky** daselbst.

Prokura ist erteilt dem Kaufmann **Herbert Eutzschky** in **Wilsdruff.**

Angegebener Geschäftszweig: Möbelgroßhandlung und Agenturgeschäft.

Amtsgericht Wilsdruff, am 18. Januar 1932.

Freibank

Mittwoch, den 20. Januar 1932, von nachmittags 3 Uhr an **Verkauf von Schweinefleisch** in rohem Zustande zum Preise von **0,40 RM** pro Pfund.

Wilsdruff, am 19. Januar 1932.

Der Stadtrat.

Gasthof Sora

Voranzeige! **Sonntag, den 24. Januar**

Karpfenschmaus

Därme **Gewürze**
zum Hausschlachten
Knoll & Fehrmann, Dresden A.
Könneritzstraße 25 Fernruf 17092
Filiale Schlachthofring 2

Beim Nachfüllen von **MAGGI**'s **Würze**
verlangen Sie von Ihrem Händler auch
Es gibt für eine Flasche Nr. 0 ½ Gutschein
Nr. 1 2× ½ -
Nr. 2 3× ½ -
Nr. 3 6× ½ -
MAGGI-Gutscheine!
Auch auf andere MAGGI-Erzeugnisse, wie MAGGI's Suppen und MAGGI's Fleischbrühwürfel, gibt es Gutscheine

WELLA-DAUERWELLEN
sind tiefe, grosse, vor allen Dingen weiche und duftige, geradezu wunderbare Haarwellen, die von den herrlichsten Naturwellen nicht zu unterscheiden sind. WELLA-Dauerwellen trotzen Wind und Regen. Bei Sport und Spiel, auf Reisen und beim Wandern, bei stundenlangem Tanz und selbst nach dem Baden wird Ihr Kopf stets einen gepflegten Eindruck machen. Die weltberühmten WELLA-Dauerwellen werden in meinem Salon meisterhaft und preiswert ausgeführt. Aufklärung und Beratung kostenlos.
Wilhelm Blume, *Herren- und Damen-Friseursalon Wilsdruff, Meissner Strasse 57*

Wissen Sie schon —

daß die schönste deutsche Monatsschrift **Westermanns Monatshefte** ihren Preis nicht nur bedeutend herabgesetzt, sondern auch einen **Abonnementspreis** eingeführt hat?

Sie sparen gegenüber dem bisherigen Preise jährlich M. 3,60

Benutzen Sie diese selten günstige Gelegenheit und bestellen Sie noch heute bei einer Buchhandlung Westermanns Monatshefte. Sie werden für diesen Rat bestimmt dankbar sein.

Die Einführung des Abonnementspreises erleichtert die Werbearbeit. Werber in allen Orten gesucht

Gutschein
An den Verlag Georg Westermann Braunschweig
Bitte senden Sie mir unverbindlich u. kostenlos eine Probenummer von Westermanns Monatsheften mit 100 S. Text, 60 bis 70 ein- und buntfarbigen Bildern und etwa 7 Kunstbeilagen. 30 Pf. für Porto (auch Auslandsmarken) füge ich bei.

Bestellschein
An die Buchhandlung
_____
_____
Ich bestelle hiermit Westermanns Monatshefte ab Monat _____ bis auf Widerruf zum Abonnementspreise von 1,70 Mark für das Heft

Ort u. Datum: _____
Name: _____
Beruf: _____

Ortsausschuß für Handwerk und Gewerbe
Montag, den 25. Jan. 1932 nachmittags 5 Uhr
Hauptsprechtag
im „Adler".
Kassenbericht, Neuwahl des Vorstandes.
Um zahlreichen Besuch bittet
der stellv. Vorsitzende.

Jahres-Hauptversammlung der Spielermannschaften des Turnvereins (D. T.) Wilsdruff
Mittwoch, d. 20. Januar, abends 8 Uhr i. Restaurant Uebigau. Allseit. Erscheinen erwünscht. **D. Spielwart.**

Feinste Vollheringe
10 Stück nur 48 Pfennig,
empfiehlt
Hugo Busch

Inventur - Ausverkauf

Preisherabsetzungen wie nie zuvor!

Auf alle regulären Waren 10% Rabatt!

Schuhhaus R. Busch

Meine großen Schaufenster sagen Ihnen alles!

Die vom Fliederhaus
von Gert Rothberg
einer der ergreifendsten Romane, die wir bisher gebracht haben,
ist in Buchform erschienen!
Dieses schöne Buch darf in keinem Hause fehlen
Es kostet: Ganzleinen **Mk. 3,50**
Halbleinen **Mk. 2,50**
Das Buch ist in unserer Geschäftsstelle zu haben.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF

Wilsdruffer Tageblatt

2 Blatt — Nr. 15 — Dienstag, 19 Januar 1932

Tagesspruch.

Trifft man einen Sinngenossen,
Spricht das Herz gleich ohne Rückhalt;
Lange und geduldig lauscht man
Dem am Ton erkannten Freunde. Altchinesisch.

Reichsverweser und Postmeistertochter.

In der Geschichte des Deutschen Reiches hat der vor 150 Jahren, am 20. Januar 1782, zu Florenz geborene Erzherzog Johann Baptist von Österreich eine nicht unwichtige Rolle gespielt. Über seine militärische Tätigkeit kann mit wenigen Worten berichtet werden: Er war schon als Jüngling von 18 Jahren Generalissimus des österreichischen Heeres in Bayern, zog sich, nachdem er die Schlacht bei Hohenlinden verloren hatte, für einige Zeit ins Privatleben zurück, leitete aber später die Bewaffnung und Erhebung des Volkes in Tirol, siegte gegen Napoleonische Heerführer, wurde besiegt und widmete sich, nachdem alle Kriege beendet waren, mit Eifer seinen naturwissenschaftlichen und historischen Studien, vor allem der Geschichte der Alpenländer.

Während der Erzherzog im Volke sehr populär wurde, wurde er am Wiener Hofe immer unbeliebter. Was man Johann besonders zum Vorwurf machte, war seine 1827 geschlossene Ehe mit der Tochter des Postmeisters Plochl in Aussee. Diese „poetische Heiratsgeschichte ist von mehreren Dichtern besungen und schließlich sogar in Musik gesetzt worden. Der Wiener Hof mußte sich zuletzt mit dem Erzherzog versöhnen, und Anna Plochl, die Posthalterstochter, wurde zur Baronin von Brandhofen und dann zur Gräfin von Meran „erhoben". Sie ist 1885 gestorben, und sechs Jahre später folgte ihr ihr einziger Sohn, der Graf Franz von Meran, in den Tod.

Was aber den Erzherzog betrifft, so begann seine historische Rolle erst in der Revolutionszeit der vierziger Jahre. 1848 ernannte ihn nämlich der von der Revolution verfolgte und nach Innsbruck geflüchtete Kaiser Ferdinand zu seinem Stellvertreter, und ein paar Monate später wählte ihn die Nationalversammlung in Frankfurt am Main zum deutschen Reichsverweser. Allein bald wurde ihm selbst die Unhaltbarkeit seiner Stellung klar, und er tat das beste, was er tun konnte: er legte am 20. Dezember 1849 sein Amt wieder nieder und kehrte nach Steiermark zurück, wo er es wieder mit den Naturwissenschaften hielt. Im Mai 1859 ist er in Graz gestorben, und die Grazer haben ihm zwei Jahrzehnte später ein großes Brunnenmonument, das ihn in überlebensgroßer Figur zeigt, gewidmet. Noch bis zum heutigen Tage ist in der Steiermark der Name des Erzherzogs und der Postmeisterstochter von Aussee von einem Schimmer von Poesie umgeben.

Der Ausgleich des preußischen Haushalts.

Keine neue Steuern, das Reich soll helfen!

Der Interfraktionelle Ausschuß des Preußischen Landtages besprach die Frage des Haushaltsausgleichs. An der Sitzung nahmen Finanzminister Dr. Klepper, Innenminister Dr. Severing und Staatssekretär Weismann teil. Der Haushalt soll im ersten Drittel des Februar vorgelegt werden, sofern bis dahin Klarheit über die Deckung des Fehlbetrages geschaffen ist. Bisher ist es gelungen, den ursprünglichen Fehlbetrag von 167 Millionen Mark durch Sparmaßnahmen auf einen Betrag zu senken, der zwischen 120 und 140 Millionen Mark liegt. Die Deckung durch Einführung von neuen Steuern wird allgemein abgelehnt. Das dürfte insbesondere für die Einführung einer Schlachtsteuer gelten. Es verbleibt also die Möglichkeit, daß durch Hilfe des Reichs Mittel zum Haushaltsausgleich zur Verfügung gestellt werden. Über die Frage, ob und inwieweit das Reich Entschädigungsansprüchen durch Verluste infolge des Friedensvertrages entsprechen kann, schweben zurzeit noch Verhandlungen.

Es ist damit zu rechnen, daß der Landtag nur wenige Tage zusammenbleibt, um im Februar erneut zusammenzutreten und die erste Haushaltsberatung vorzunehmen. Auch weiterhin besteht die Absicht, den neuen Haushalt auf parlamentarischem Wege, nicht etwa durch Notverordnung, zu verabschieden.

Warum Hitler ablehnte

Hitlers Denkschrift an den Reichskanzler

Über die Reichspräsidentenwahl.

Die Nationalsozialistische Parteikorrespondenz veröffentlicht den Wortlaut der Erklärung Hitlers an den Reichskanzler. Hitler betont, er sei nicht in der Lage, die Aktion des Reichskanzlers wegen der Reichspräsidentenwahl als möglich anzusehen, sowohl vom rein verfassungsmäßigen Standpunkt als auch auf Grund einer politischen Überprüfung. Ein Aufheben des Art. 41 der Reichsverfassung, wonach der Reichspräsident vom ganzen Volk gewählt wird, könne durch verfassungsändernde Mehrheit des Reichstages nur stattfinden, wenn grundsätzlich damit auch das Recht des Reichstages auf Absetzung festgelegt werde. Sollte trotzdem die Auslegung, daß eine Zweidrittelmehrheit des Reichstages entgegen den klaren Bestimmungen des Reichstages einer Volksabstimmung gleichzusetzen sei, angenommen werden, dann müßte zumindest die Zusammensetzung des Reichstages den augenblicklichen und wirklichen Willen des Volkes, so wie er im März 1932 sei, zum Ausdruck bringen. Da dies nachweisbar bei dem augenblicklich bestehenden Reichstag nicht der Fall sei, müßte

zuerst zum Reichstag neu gewählt

werden. Der Reichskanzler sei der Auffassung, daß die schwierigen außenpolitischen Verhandlungen keine innenpolitischen Wahlen vertrügen. Er, Hitler, könne mit wesentlich mehr Recht als Führer der größten Oppositionspartei erklären, daß das innenpolitische Regiment in Deutschland, dessen Gesamtverantwortlichkeit für die Lage des Reiches seit zwölf Jahren man nicht zu bestreiten vermöge, aus innenpolitischen Selbsterhaltungsgründen keine Wahlen brauchen könne, während umgekehrt alle außenpolitischen Erwägungen sie gebieterisch forderten. Der Verfall des Reiches habe seinen Ausgangspunkt nicht so sehr in außenpolitischen Aktionen als vielmehr

in der innenpolitischen Zerstörung des Volkskörpers,

durch die das heutige System verkörpernden Parteien. Daher sei die unvermeidliche Voraussetzung für künftige außenpolitische Erfolge die innenpolitische Überwindung der Zersetzungsarbeit, die Deutschland dorthin getrieben habe, wo es sich heute befinde. Daß Deutschland heute nicht bezahlen könne, sei kein politisches Verdienst irgendeiner Regierung, sondern eine durch fehlerhafte politische Leitung herbeigeführte Katastrophe. Die Tatsache nun, daß es gelungen sei, in dreizehn Jahren ein gesundes Unternehmen vollständig zahlungsunfähig zu machen, sei keineswegs eine Garantie dafür, daß dann im vierzehnten Jahre ein Wiederaufstieg beginne. Man könnte nicht auf die Dauer annehmen, daß ein Volk durch ein Regiment wirkungsvoll nach außen hin vertreten werden kann, wenn dieses Regiment für die Notwendigkeit seines Daseins nichts anderes anzuführen habe als die Drohung mit dem, was an seine Stelle käme, wenn es nicht mehr wäre. Wenn heute eine Regierung die Wichtigkeit ihres Daseins in London begründe mit dem sonst drohenden Bolschewismus und in Paris mit dem ebenso schrecklichen Nationalismus, dann sei das für ihn als ebenfalls angezogenen Schrecken höchst ehrenvoll, für die deutsche Nation aber peinlich. Er halte es für unumgänglich notwendig, daß ein Regiment komme, dessen Existenz

aus eigener Kraft seine Daseinsberechtigung schöpfe.

Er sehe daher in jedem Vorgang, der zur Überwindung des heutigen Systems führen könne, einen außenpolitischen Gewinn Deutschlands. Erst wenn Deutschland wieder etwas zu bieten habe, werde man ihm etwas geben. Die effektive Unmöglichkeit der Erfüllung bestimmter Verträge werde erst dann in einen vernünftigen Rechtszustand verwandelt, wenn für bestimmte Mächte die Freundschaft mit Deutschland mehr Gewinn bringe als das Beharren auf Verträge, deren Erfüllbarkeit sich als praktisch unmöglich erwiesen habe. Somit sei die Frage der außenpolitischen Rehabilitierung Deutschlands letzten Endes eine Frage der

moralischen Rehabilitierung des Volkes im Innern

und damit eine Frage der Überwindung eines Systems, das in der Geschichte unzertrennlich verbunden sein werde mit der Periode der inneren und äußeren Entwertung unseres Volkes.

Im übrigen sei es aber auch noch eine Frage der Moral, ob es erträglich erscheine, jahrelang als Staatsfeinde verfemt zu werden, um dann als Menschen zweiter Klasse plötzlich mit dem Vorantritt bei einer Rettungsaktion beehrt zu werden, deren Wortführer anscheinend kein Gefühl für das berechtigte Erstaunen der also Bevorzugten besäßen. Auch aus dieser Empfindung heraus müsse er den Vorschlag ablehnen.

Er bedaure nur nochmals, daß in diese Aktion zur Rettung des Systems der Name des Reichspräsidenten einbezogen wurde, für den die Mitkämpfer des großen Krieges als den Generalfeldmarschall unserer Heere unveränderliche ehrerbietige Dankbarkeit empfinden.

Die neuen Briefmarken,

deren Ausgabe durch die gesenkten Gebühren erforderlich geworden ist, werden noch in dieser Woche in den Verkehr gebracht werden. Die 6-Pfennig-Marke mit dem Kopf des früheren Reichspräsidenten Ebert ist grün, der 12-Pfennig-Wert ist in Rot ausgeführt und trägt den Kopf des Reichspräsidenten von Hindenburg.

„Dem Förderer deutschen Bauerntums"!

Hindenburg verleiht Professor Sering den Adlerschild.

Der Reichspräsident hat dem Universitätsprofessor Geheimen Regierungsrat Dr. Max Sering anläßlich der Vollendung seines 75. Lebensjahres den Adlerschild des Reiches verliehen und diese Ehrung mit einem Handschreiben begleitet, in dem es u. a. heißt:

„Meiner besonderen Anerkennung und dem Danke des deutschen Volkes verleihe ich dadurch Ausdruck, daß ich Ihnen die höchste Ehrung zuerkenne, die das Deutsche Reich zu vergeben hat, den Adlerschild, mit der Widmung: Max Sering, dem Führer der Agrarwissenschaft, dem Künder und Förderer deutschen Bauerntums."

Rote Plakate wieder gestattet.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, war das Verbot roter Plakate infolge einer die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdenden Verwendung der roten Farbe für Plakate, insbesondere politischen Inhalts, erforderlich geworden.

Die seinerzeit hierfür erlassenen Polizeiverordnungen sind inzwischen nach Sammlung entsprechender Erfahrungen über die Auswirkungen der Notverordnungen vom 28. März und 6. Oktober 1931 als nicht mehr unbedingt notwendig aufgehoben worden.

Dr. med. Elisabeth Degeener

Roman von Marlise Sonneborn

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[1

Man hatte Doktor van Delden in seinem Heimatlande in Schwierigkeiten gemacht. Deshalb hatte er seine Anstalten in der Schweiz gegründet. Auf Geld brauchte er nicht zu sehen. Die ausgedehnten Baulichkeiten lagen am Genfer See, unfern der Stadt, nach der er seinen Namen trug — und doch einsam. Der Fremdenstrom flutete hier vorüber. Der Reiz der Einsamkeit wirkte nur noch stärker, so nahe den Orten, die internationaler Verkehr überströmte.

Doktor Elisabeth Degeener war dem Namen nach leitende Ärztin der Kinderabteilung.

Aber die Umstände brachten es mit sich, daß sie allmählich, neben Doktor van Delden, die Seele des Unternehmens wurde.

Doktor van Delden gehörte zu jener Art Vorgesetzten, die viel verlangen und — ohne böse Absicht, rein aus Eifer für sein Unternehmen — wenig bieten. Nicht, daß er schlechte Gehälter zahlte. Aber er stellte Anforderungen, die mit allem Geld der Welt nicht zu bezahlen waren. Ohne Idealismus und Opfer, sagte er, kommt keine gute Sache voran. Alles Gute wird durch die verdorben, die davon leben. Wer für seine Pflicht nicht sterben kann, ist seiner Pflicht nicht wert! Sehr zum Schaden seiner Sache, wechselte bei diesen strengen Ansichten, die er unerbittlich vorlebte, das Hilfspersonal sehr oft.

Doktor Degeener allein — vom selben Geist wie Delden beseelt — arbeitete schon fünf Jahre bei ihm. Sie hatte eine Unmenge Kollegen kommen und gehen sehen.

Als sie bei ihm eingetreten war, hatte Delden sie mit übergroßem Mißtrauen aufgenommen. Elisabeth Degeener war vermählt. Ihr um viele Jahre älterer Gatte hatte den Anspruch auf einen vornehmen und klingenden Titel.

Er — auch er — hatte sich aus einem undankbaren Vaterland in die duldsame Weite der Schweiz geflüchtet und beschäftigte sich in stolzem, doch nicht ganz freiwilligem Verzicht mit Blumenkultur. Man munkelte zwar, daß er der Politik noch immer nicht entsagt habe und unter dem Deckmantel des Privatmannes nicht ohne Einfluß auf die Geschicke seines Landes sei. Die Vertreter des Völkerbundes aller Nationen verkehrten bei ihm, und er galt als der zwar nicht amtliche, doch gerade darum einflußreiche Vermittler zwischen seinem Vaterland und den Fremdmächten.

Er und seine Frau lebten in innigster Freundschaft — ihr Verhältnis war ein wenig wie das zwischen Vater und Tochter. Degeener — durch eine herbe Lebenserfahrung in jungen Jahren klug geworden — ließ seiner Frau alle die Freiheit, die ihre tatfreudige Natur notwendig hatte, um sich zu entfalten.

Sie fuhr jeden Morgen, gegen sieben Uhr bereits, mit ihrem kleinen Wagen ins Sanatorium. Natürlich chauffierte sie selbst. Sie kehrte oft erst spät zurück. Ja, es kam vor, daß sie im Sanatorium übernachtete, wenn besonders dringliche Fälle vorlagen. Das meldete sie dann eben durchs Telephon, das freundliche „Gut, mein Liebling!" des Gatten schon vorher im Ohr.

Doktor van Delden, eine gutmütige, etwas eigensinnige, knurrende Bulldoggennatur, schwor längst auf seinen „Doktor Degeener" — nie nannte er ihren, ihr Geschlecht verratenden Vornamen. Die stille, stolze, sanfte, blonde Frau, deren schlichte Erscheinung durch die Anmut der Güte und Klugheit veredelt wurde, galt allen im Sanatorium als die zweite Vorgesetzte, der man sich — auch von seiten der männlichen Kollegen — um so unwillkürlicher unterordnete, als ihre bescheidene frauliche und sachliche Art nie herausforderte oder eigene Würde unterstrich.

Doktor van Deldens Anstalten waren zum großen Teil Wohltätigkeitsanstalten. Seine neue Art, die furchtbare Menschheitsgeißel Tuberkulose zu bekämpfen, erregte zwar die Aufmerksamkeit der wissenschaftlichen Welt, war aber noch sehr umstritten, sogar umfeindet. Man warf ihm wohl vor, Experimente am lebenden Objekt zu machen. Als einzige Antwort auf derartige Angriffe veröffentlichte Doktor van Delden regelmäßig in Fach- und anderen Zeitungen die Prozentsätze der als geheilt aus seinen Anstalten entlassenen Kranken. Wohl litt sein Sanatorium darunter, daß hoffnungslose Kranke zu spät zu ihm gebracht wurden. Doch die Zahl der Kranken, die bei ihm Hilfe suchten, wuchs von Jahr zu Jahr. Aus aller Welt kamen die Gäste. Die Säle und Zimmer waren belegt und überbelegt.

Auch eben hielt wieder ein elegantes Auto vor dem Portal des Privatpatientenhauses.

Ein paar Bediente bemühten sich um eine junge, nervös und unbefriedigt aussehende Frau, deren ganzes Aeußeres die verwöhnte und herrschgewohnte Dame von Welt verriet.

Antony Lasar war die Gemahlin eines norddeutschen Großindustriellen — kinderlos —, von einem inhaltlosen Leben entsetzlich gelangweilt. So betrieb sie seit kurzem das Kranksein als eine Art Sport — zum Aerger ihres jungen, eleganten und großzügigen, achselzuckenden Gatten, den sie im tiefsten Grunde gerade mit dieser ihrer Maßnahme zu tyrannisieren versuchte. Er brachte ihr zwar ein höflich-offizielles Mitleid entgegen, versuchte immer wieder — und immer wieder vergeblich! —, sie auf eine vernünftige Tätigkeit hinzulenken; ließ sie in soviel Sanatorien reisen, als sie Lust hatte, und lebte trotz ihrer sein eigenes Dasein unbekümmert und zufrieden.

Seit einigen Wochen glaubte Antony an der Lunge zu leiden. Man hatte ihr von dem Deldenschen Sanatorium und seiner strengen Kur erzählt. So entschloß sie sich, es aufzusuchen. Dann — dann endlich! — würde man ihr doch den Ernst ihrer Leiden glauben.

Eben verhandelte sie mit der Schwester.

„Meine Jungfer möchte ich bei mir behalten."

„Das geht nicht, gnädige Frau."

„Ich zahle für sie wie für mich."

(Fortsetzung folgt.)

SLUB
Wir führen Wissen.
Heimatmuseum
der Stadt Wilsdruff
WILSDRUFF

Geheimnisvolle Warnungen Starhembergs.

Am Vorabend des Bürgerkrieges in Österreich?

Auf einem Führerappell des oberösterreichischen Heimatschutzes in Wels erklärte der Bundesführer Fürst Starhemberg: Wenn die wirtschaftlichen Forderungen des Heimatschutzes nicht durchgehen, wollen wir öffentlich zeigen, daß die Mehrheit des Volkes hinter uns steht, und zwar in Gestalt von Protestkundgebungen und eines großen Volksaufmarsches. Wir lassen uns nicht auf verfassungswidrige Art hindern, und

wenn man uns hindern will, dann soll eben die Revolution beginnen.

Wir werden jedenfalls Wege gehen, auf denen uns die Staatsexecutive nicht entgegentreten kann. Rücksichtslos und bewaffnet werden wir jedenfalls auftreten, wenn der republikanische Schutzbund in irgendeiner Form in Erscheinung tritt.

Die Februargehälter der Beamten.

Ein Dementi des Reichsfinanzministeriums.

In der letzten Zeit ist verschiedentlich behauptet worden, daß das Reich nicht in der Lage sei, die Februargehälter für die Beamten voll auszuzahlen. Auch von einer erneuten Kürzung der Beamtengehälter war wieder die Rede. Das Reichsfinanzministerium bezeichnet alle diese Nachrichten als völlig aus der Luft gegriffen. Es schwebten keinerlei Erwägungen, die auf die oben erwähnten Absichten schließen ließen. Die Kassenlage für Januar sei völlig gesichert, während sich die Entwicklung der Finanzen für den Monat Februar zurzeit noch nicht übersehen lasse.

Kurze politische Nachrichten.

Nach dem Wochenausweis der Reichsbank hat die Bank in der zweiten Januarwoche eine Entlastung der Kapitalanlage um insgesamt 250 Millionen Mark erfahren. Der Notenumlauf ging um 194 auf 4382 Millionen zurück. Der Bestand an Gold und deckungsfähigen Devisen ging weiter um rund 20 Millionen zurück. Dies ist zum Teil dadurch begründet, daß in dieser Woche die Zinsen für die Dawes-Anleihe bereitgestellt werden mußten. Das Deckungsverhältnis stieg von 24,9 auf 25,6 Prozent.

*

Nach den bisher vorliegenden Einzeichnungslisten sind für das Volksbegehren in Oldenburg auf Auflösung des Landtags 51 600 Stimmen abgegeben worden. Aus einem Bezirk mit etwa 114 000 Wahlberechtigten erwartet man seitens der Antragsteller des Volksbegehrens noch über 15 000 Einzeichnungen, so daß das wahrscheinliche Ergebnis etwa über 65 000 liegen dürfte. Bekanntlich sind für die Gültigkeit des Volksbegehrens nur 20 000 Stimmen notwendig.

*

Die BIZ. in Basel hat den der Österreichischen Nationalbank gewährten Kredit von 90 Millionen Schilling um weitere drei Monate verlängert.

*

Der aus dem Weltkrieg bekannte Heerführer General von Below beging seinen 75. Geburtstag. Der General hatte wesentlichen Anteil an dem Sieg der Schlacht bei Tannenberg durch Einkreisung der Russen und an dem Sieg an den Masurischen Seen. Als Oberbefehlshaber der 14. Armee gelang es ihm, die Offensive gegen die Stellung der Italiener in den Julischen Alpen durchzuführen und die gesteckten Ziele weit zu überschreiten.

Schweres Eisenbahnunglück in Frankreich.

Dreizehn Tote und zwanzig Schwerverletzte.

Auf der Strecke Paris—Amiens, etwa 80 Kilometer von der französischen Hauptstadt entfernt, ereignete sich ein schweres Eisenbahnunglück, das, nach den bisherigen Meldungen, dreizehn Tote und etwa zwanzig Schwerverletzte gefordert hat. Der fahrplanmäßige Personenzug Paris—Amiens hatte zur Abfahrtzeit den Pariser Nordbahnhof verlassen, als drei Wagen dritter Klasse und einer zweiter Klasse etwa 400 Meter vor der Einfahrt in den Bahnhof von Saint Just aus den Schienen sprangen. Während ein Wagen dritter Klasse, der bis auf den letzten Platz besetzt war, sich sofort umlegte, und von den darauffolgenden Wagen eingedrückt wurde, raste ein Wagen zweiter Klasse in ein neben den Schienen gelegenes Wärterhäuschen, in dem sich drei Bahnangestellte befanden, die sämtlich schwer verletzt wurden. Die beiden anderen Wagen schoben sich ineinander und bildeten eine Masse von verbogenem Eisen und zertrümmertem Holz. Aus dem Trümmerhaufen ertönte das Schreien und Röcheln der Sterbenden und Verletzten, denen die Reisenden der unbeschädigt gebliebenen Wagen bei Fackellicht die erste Hilfe brachten.

Die Unglücksstelle bot ein Bild wilder Verwüstung. Zwischen den Trümmern lagen die Leichen, bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt, eingeklemmt. Kinder, Frauen und Männer schrien nach ihren Angehörigen und immer wieder drang leises Röcheln der Unglücklichen zu den Ohren der Rettungsmannschaften, die aus Paris und Amiens an die Unfallstelle geeilt waren, wo sie unter der Leitung des Ministers für öffentliche Arbeiten mit dem Rettungswerke beschäftigt waren. Die Zahl der Toten ist deshalb so groß, weil der Zug bis auf den letzten Platz mit Reisenden gefüllt war, die zum größten Teil den Sonntag zu einem Ausflug nach Paris benutzt hatten und sich auf der Heimreise befanden.

*

Ein getonfilmter Eisenbahnerprozeß.

Der Prozeß gegen elf Beamte der Moskau—Kasan-Eisenbahn wegen des Eisenbahnunglücks bei Moskau, das sich am 2. Januar ereignete und bei dem 68 Personen ums Leben kamen und zahlreiche Fahrgäste verletzt wurden, findet öffentlich statt. Die Verhandlung soll getonfilmt werden. Die Anklage hat gegen acht Beamte die Todesstrafe beantragt. Der Prozeß wird acht Tage dauern.

Noch ein weiteres Todesopfer.

Das schwere Eisenbahnunglück bei St. Just hat ein weiteres Todesopfer gefordert. Eine bisher noch nicht erkannte Frau ist ihren Verletzungen erlegen, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Der Zustand der übrigen Verwundeten ist zum Teil noch äußerst ernst.

Kleine Nachrichten

Haftbefehl in der Hagener Sprengstoffangelegenheit.

Untersuchung durch das Reichsgericht.

Von dem zuständigen Richter wurde gegen die vier in der Sache des Sprengstoffundes Festgenommenen Haftbefehl erlassen. Auch der Vater der verhafteten Gebrüder Strack wird weiter in Haft behalten, da man annimmt, daß er von der Aufbewahrung des Sprengstoffes in seinem Hause Kenntnis gehabt haben muß. Nunmehr wird vom Reichsgericht ein Untersuchungsrichter mit der Untersuchung der Angelegenheit beauftragt.

Der Zeitpunkt der Reichspräsidentenwahl.

Bisher sind keinerlei Anweisungen an die Behörden ergangen, die Vorbereitungen für die Reichspräsidentenwahl mit dem 28. Februar als wahrscheinlichem Termin zu treffen. Es wird Sache des Reichstages sein, den genauen Zeitpunkt für die Reichspräsidentenwahl festzusetzen.

Senkung der Hafenabgaben in Preußen.

Der preußische Minister für Handel und Gewerbe und der Finanzminister haben im Rahmen der Preissenkungsaktion der Reichsregierung eine zehnprozentige Senkung aller Abgabenbeträge in den staatlichen Häfen mit Wirkung vom 21. Januar 1932 angeordnet. Auch für die öffentlichen nichtstaatlichen Hafenbetriebe und Umschlagseinrichtungen in Preußen wird angestrebt, vom gleichen Zeitpunkt ab die Hafenabgaben und Umschlagsgebühren zu senken.

Abonnieren Sie das Wilsdruffer Tageblatt

Neues aus aller Welt

Am 100. Geburtstage gestorben. Auf dem Gute Ivenack (Schwerin) feierte dieser Tage Fräulein Lina Ahlgrimm den 100. Geburtstag. Am Abend dieses Jubeltages starb die hochbetagte Greisin.

Selbstmord der Witwe Maximilian Hardens. Die Witwe des einst vielgenannten Schriftstellers Maximilian Hardens wurde in ihrer Wohnung in Charlottenburg bewußtlos aufgefunden. Wenige Stunden später starb sie. Frau Harden scheint infolge einer seelischen Depression Selbstmord durch Einnehmen eines Schlafmittels verübt zu haben. Wirtschaftliche Sorgen bestanden nicht.

Anklage gegen Schmidt-Lorenzen. Die Staatsanwaltschaft I Berlin hat gegen den Kaufmann Günter Schmidt-Lorenzen Anklage wegen Konkursvergehens erhoben. Der Angeklagte war seit März 1925 Mitinhaber und seit Januar 1931 alleiniger Inhaber der bekannten Berliner Firma Seidenhaus Gustav Cords, über deren Vermögen im September 1931 das Konkursverfahren eröffnet worden ist. Es wird ihm zur Last gelegt, in den Jahren 1926 bis 1929 trotz der ungünstigen Entwicklung des Geschäfts insgesamt über eine Million Mark zu privaten Zwecken aus dem Vermögen des Geschäfts entnommen zu haben.

Ein Gefangener springt aus dem Zuge. Ein Strafgefangener, der in einem Personenzug von Hirschberg nach Breslau befördert werden sollte, sprang in der Nähe von Waldenburg aus dem fahrenden Zuge. Er starb im Krankenhause.

Brandstiftung bei Sarrasani. Für den Brand im Zirkus Sarrasani soll, wie aus Antwerpen berichtet wird, die polizeiliche Untersuchung Brandstiftung ergeben haben. Das Feuer ist an verschiedenen Stellen gleichzeitig bemerkt worden. Man fand auch einen Brandherd, der sich nicht ausgewirkt hat.

Ein Henker wird pensioniert. Der Pariser Scharfrichter Deibler, der im Volksmunde „Herr von Paris" genannt wird, wird jetzt nach 40jähriger Amtstätigkeit in den Ruhestand treten. Das Scharfrichteramt, das in Frankreich seit 120 Jahren vom Vater auf den Sohn vererbt wird, bleibt auch diesmal in der Familie. Es geht an den Schwiegersohn Deiblers über, der bisher sein erster Gehilfe war.

Die größte Bewässerungsanlage der Welt. Der in achtjähriger Arbeit mit einem Kostenaufwand von 15 Millionen Pfund erbaute Lloyd-Damm in Sukhur in Indien wurde vom indischen Vizekönig feierlich eingeweiht. Die Anlage, die der Bewässerung von 20 000 Quadratkilometern unfruchtbaren Landes dient, stellt die größte Bewässerungsanlage der Welt dar. Ihren Kern bildet ein 1,6 Kilomter langer Staudamm über den Indus.

Sächsische Wirtschaftsnachrichten.

Vor Zusammenschlüssen in der Elbeschiffahrt?

Die Vertreter der größeren und kleineren Betriebsfirmen der deutschen Elbeschiffahrt traten mit dem Reichsverkehrsministerium zu einer Aussprache zusammen, um den vernichtenden Folgen des Überangebotes an Schiffsraum auf der Elbe entgegenzutreten. Nachdem bisher alle jahrelangen Bemühungen zum freiwilligen Zusammenschluß gescheitert waren, ist nunmehr eine neue Lage geschaffen worden durch die Vollmachten, die der Reichsregierung in der Notverordnung gegeben worden sind. Das Reichsverkehrsministerium hatte als Unterlage für die Aussprache eine Tagesordnung ausgearbeitet, die die bisher bekannt gewordenen Vorschläge zur Steuerung der Not zusammenfaßt. Im Vordergrunde stehen die Möglichkeiten von Zusammenschlüssen, besonders der Kleinschiffahrt und der Bildung von Frachtenausschüssen, wie sie Staatssekretär Koenigs am 14. Januar im Reichsausschuß der Deutschen Binnenschiffahrt vorgetragen hatte. Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Elbeschiffahrt hat es unter Zustimmung aller Beteiligten übernommen, mit den Schiffahrtskreisen die Verhandlungen über die Grundlagen eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses weiter zu führen.

Dr. med. Elilabeth Degeener

Roman von Marlise Sonneborn

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[2

„Darauf kommt es nicht an, gnädige Frau. Wir leben hier streng diät. Das wird den Herrschaften zumeist anfangs schwer. Sie lassen sich durch eigene Dienerschaft dann Nahrungsmittel besorgen. Der Erfolg der ganzen Kur steht auf dem Spiel. Herr Doktor van Delden macht deshalb nie eine Ausnahme."

„Das ist ja Unsinn."

„Wir haben auch kein Zimmer frei."

„Das Fräulein kann auf einer Chaiselongue in meinem Zimmer schlafen."

„Das ist ganz ausgeschlossen, gnädige Frau. Jeder Patient kann nur einen einzigen Raum beanspruchen — und die Räume sind nicht sehr groß."

„Wenn man mir solche Schwierigkeiten macht, reise ich eben wieder ab."

„Vielleicht wäre das das beste, gnädige Frau."

„Jedenfalls will ich sofort den Arzt sprechen. Lassen Sie ihn kommen. Untergeordnete Personen wie Sie, Schwester, haben ja nichts zu entscheiden."

Lächelnd und kopfschüttelnd geleitete die Schwester die Dame in das Wartezimmer.

Dann telephonierte sie Doktor van Delden an, kurz die Sachlage schildernd.

„Schicken Sie sie nur gleich wieder fort", rief der zurück. „Ich weiß durch ihren Arzt, was mit ihr los ist. Schwer verzogen. Ueberpflegt. Vor Langweile krank. Bisher waren's die Nerven. Jetzt ist's die Lunge. Eingebildete Kranke durch und durch. Ich nahm sie nur aus Gefälligkeit gegen den schwerbedrängten Kollegen. Pariert sie nicht — ex!"

„Wollen Sie ihr das nicht lieber selber sagen? Mir wird die Dame keinen Glauben schenken."

„Versuchen! Wenn nicht — nochmal anrufen."

Frau Antony zuckte hochmütig mit den Achseln.

„Mit Personal verhandele ich nicht. Sagen Sie das dem Herrn!"

Die Schwester gab die Botschaft im Beisein der Dame wörtlich durch das Telephon.

„Warten lassen!" klang es zurück.

„Mit der Zofe?"

„Nein!" brüllte Doktor van Delden so zornig-laut zurück, daß die Dame es von ihrem Sitz aus vernahm.

„Kultur — scheint hier nicht zu herrschen?" meinte sie ironisch.

„Wir sind in einer Anstalt, in der ernsthaft Kranke ernsthaft Heilung suchen."

„Meinen Sie etwa, ich wäre nicht ernsthaft krank?"

„Ich habe keine Meinung darüber. Herr Doktor van Delden wird seine Anordnungen geben."

„Sie werden mich zu pflegen haben?"

Die Schwester nickte.

„Ich glaube nicht, daß wir zusammen harmonieren. Ich werde mit Doktor van Delden reden. Ich wünsche andere Bedienung."

„Bedienen tut Sie ein Zimmermädchen. Zur Pflege wird sich nach der Verteilung der Patienten auf die Zimmer kaum eine andere Schwester finden."

Frau Lasar zuckte mit den Achseln.

„Entschuldigen Sie mich jetzt, gnädige Frau — ich habe Pflichten."

„Schicken Sie mir die Frieda!"

„Gnädige Frau — Sie hörten, Herr Doktor hat es ausdrücklich verboten."

„Ich werde mich ausdrücklich beschweren!"

Mit leichter Verneigung verließ die Schwester den Warteraum. Achselzuckend und in verächtlicher Gereiztheit warf sich die junge Frau in einen der Sessel — prüfte die ausliegenden Journale.

„Nichts Ordentliches — wie zu erwarten", dachte sie zornig. „Ich begreife Doktor Frank nicht, mich ausgerechnet hierher zu schicken. Das scheint doch wirklich nur für arme Leute zu sein! Eine derartige Behandlung. Oder — vielleicht — für ganz Schwerkranke."

Draußen hatte Doktor van Delden bereits das mitgeschleppte Personal fortgeschickt.

Die Jungfer weinte beinah vor Aufregung.

„Die gnädige Frau wird mich sofort entlassen, wenn ich ohne ihre Erlaubnis gehe. Und die Stelle ist sonst wirklich gut."

„Die gnädige Frau hat sich hier absolut der Hausordnung zu fügen. Warten Sie ein, zwei Tage in Genf. Entweder die Dame bleibt hier, indem sie sich fügt — oder sie reist bald wieder ab. Dann werde ich Sie benachrichtigen lassen. Fräulein — Sie sind dann zur Stelle, und ich übernehme es persönlich, Sie zu rechtfertigen."

Zögernd gehorchte die Jungfer.

„Gut würde es der tun — auch mal parieren müssen", dachte sie mit leiser Genugtuung.

Erst nach längerer Zeit — Frau Lasar brannte vor Ungeduld! — ließ Doktor van Delden sie zu sich bitten.

Es war ein weiter Weg zu dem Arzthaus, in dem sich Doktor van Deldens Sprechzimmer befand, und Frau Antony fragte die sie führende Schwester hochmütig: „Kann denn der Arzt sich nicht zu mir bemühen?"

„Gnädige Frau, Herr Doktor van Delden hat viel zu tun."

„Aber bei den besseren Patienten ..."

„Hier gibt es nur — Kranke."

Doktor van Delden empfing die Dame mit zurückhaltender Höflichkeit.

„Ihr Arzt schreibt mir, daß Sie sich ernsthaft krank fühlen und hier Genesung suchen. Das ist nur möglich bei strikter Befolgung der Hausordnung!"

„Die unsympathische Schwester, die mich empfing, hat gepetzt?"

„Gnädige Frau — hier petzt niemand. Aber ich halte darauf, von allem unterrichtet zu sein. Ihre Jungfer habe ich nach Genf zurückgeschickt. Sie erwartet Sie dort. Denn ich würde es verstehen, wenn Sie es vorziehen, das Sanatorium alsbald wieder zu verlassen." (Forts. folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF

Photographierte Milchpanscherei.

Endergebnis: ein Monat Gefängnis.

Der Landwirt Heubuch aus Oberbienwang bei Memmingen war Vorstand einer Molkereigenossenschaft. Er fuhr täglich seine Milch und die Milch zweier anderer Landwirte mit dem Fuhrwerk nach Rottenstein. Unterwegs ließ er das Fuhrwerk halten, füllte seine Milchkanne mit der Milch eines anderen Landwirts und ersetzte den fehlenden Teil durch Wasser. Die Qualität dieser Milch wurde natürlich beanstandet. Einmal legten sich ein paar Leute zusammen mit dem Gendarm auf die Lauer. Wieder kam das Fuhrwerk Heubuchs mit den Milchkannen. Der Gaul war die „Haltestelle" schon so gewöhnt, daß er von selbst stehenblieb. Wieder wurde „umgegossen". Gerade in dem Augenblick, als Heubuch schmutziges Käsewasser in den Milchkübel des anderen Landwirts schüttete, wurde er photographiert. Vor Gericht spielte die Photographie eine ausschlaggebende Rolle. Die Verhandlung erster Instanz endete mit der Verurteilung Heubuchs zu 240 Mark Geldstrafe, die Verhandlung zweiter Instanz brachte aber eine Verschärfung der Strafe, nämlich einen Monat Gefängnis.

Der Prozeß des Herzogs von Altenburg gegen Thüringen.

Das Land Thüringen verliert den Prozeß.

In dem Prozeß des ehemaligen Herzogs von Altenburg gegen das Land Thüringen hat das Oberlandesgericht das Urteil verkündet. Das Oberlandesgericht hat die Klage des Herzogs, die auf Rückgabe des gesamten durch Vertrag vom Juni 1919 dem Lande überlassenen Domänenfideikommißvermögens ausgeht, dem Grunde nach für berechtigt erklärt. Entschieden hat es jedoch vorerst über einen Teilanspruch von etwa 10 000 Mark.

In der Urteilsbegründung erklärt das Oberlandesgericht, der Vertrag von 1919 sei nicht sittenwidrig; man habe aber zwingende gesetzliche Vorschriften nicht beachtet. Man habe es seinerzeit u. a. versäumt, die Genehmigung des Vormundschaftsgerichts einzuholen, da die minderjährigen Prinzen durch den Vertrag ihre Anwartschaftsrechte am Fideikommiß aufgaben und dafür nicht entschädigt wurden. Die Klage auf Rückgabe des ganzen Grundbesitzes wäre zwar begründet, sie jetzt im Armenrecht durchzuführen, sei aber wegen der damit verbundenen Kosten nicht zulässig.

Für den Teilanspruch, über den jetzt entschieden worden ist, hatte der Herzog das Armenrecht erhalten. Thüringen will gegen das Urteil des Oberlandesgerichts Revision einlegen und meldet außerdem Gegenansprüche in Höhe von 12 Millionen Mark gegen den Herzog an.

Plädoyers im Calmette-Prozeß.

Die Anklagereden der Staatsanwälte.

Im Calmette-Prozeß ergriff Oberstaatsanwalt Dr. Lienau das Wort zu seinem Plädoyer. Er ging zunächst eingehend auf die Vorgeschichte der Calmette-Fütterung und ihre Einführung in Lübeck ein. In seinen weiteren Ausführungen gab er einen Überblick über eine Anzahl von Todesfällen und ging dann auf den Eröffnungsbeschluß der Staatsanwaltschaft ein. Nach Erwähnung der erweiterten Anklage gegen Dr. Deycke und Dr. Altstaedt, durch die beide verdächtigt werden, bei der Einführung des Calmette-Verfahrens

durch Fahrlässigkeit und Außerachtlassung der gebotenen ärztlichen Vorsicht

den Tod einer Anzahl Kinder verschuldet zu haben, erklärte der Oberstaatsanwalt, daß es sich nicht darum handele, das allgemeine Verhalten der Angeklagten zu untersuchen, sondern zu prüfen, ob sich die Angeklagten der bezeichneten Vergehen im strafrechtlichen Sinne schuldig gemacht hätten. Die Staatsanwaltschaft habe auch geprüft, ob der Kreis der Angeklagten zu erweitern sei, sei jedoch zu einem ablehnenden Schluß gekommen.

Dr. Lienau betonte dann ausdrücklich, daß dieser Prozeß nicht berufen sei, eine Entscheidung darüber zu fällen, ob die von Prof. Calmette eingeführte Impfung richtig sei, und ob sie den Anforderungen der Wissenschaft entspreche, oder ob sie eine Gefahr in sich berge.

Nach einer kurzen Pause ergriff dann Staatsanwalt Freiherr von Beust das Wort, um bei den einzelnen Angeklagten die Frage der Schuld näher zu erörtern.

Der Staatsanwalt ging auf die in Frage kommenden Paragraphen des Strafgesetzbuches ein und erklärte, es sei zu prüfen, ob Dr. Altstaedt sich nicht vielleicht der vorsätzlichen Körperverletzung — nicht der vorsätzlichen Tötung — schuldig gemacht habe. Der subjektive Tatbestand des Vorsatzes sei nicht gegeben, denn der Angeklagte habe nach seinen Aussagen das Mittel für

so unschädlich wie Milch und Zuckerwasser

gehalten. Bei dem Vergehen Dr. Altstaedts liege ein Dauervergehen vor. Was den Angeklagten als Menschen betreffe, so müsse er sagen, daß Prof. Altstaedt ihm stets als ein hundertprozentiger Theoretiker und nicht als Mann der Praxis erschienen sei. Seine Auffassung von der Unschädlichkeit des Verfahrens habe sich nur darauf gegründet, daß im Auslande in größerem Umfange Impfungen vorgenommen worden waren und Todesfälle nicht bekannt gewesen seien.

Die Warnungen vor dem Calmette-Verfahren.

In seinen weiteren Ausführungen ging Staatsanwalt Freiherr von Beust auf die verschiedenen Warnungen vor der Einführung des Calmette-Verfahrens in Deutschland ein. Altstaedt habe die gebotene Vorsicht außer acht gelassen, da er sich nicht noch einmal beim Reichsgesundheitsamt über dessen Standpunkt erkundigt habe. Zugunsten des Angeklagten spreche die Tatsache, daß in Deutschland der Standpunkt der Wissenschaft über die Schädlichkeit oder Wirksamkeit des Calmette-Verfahrens geteilt sei. Dann kam Freiherr von Beust auf

die Durchführung des Verfahrens

zu sprechen. Der Angeklagte Altstaedt habe sich offenbar von den Bestimmungen Calmettes über die Anwendung des Verfahrens keinen besonderen Auszug gemacht. Er habe auch nicht auf das Calmettebuch hingewiesen. Besonders zu erwähnen sei, daß Altstaedt sich nach seinen ersten Fütterungen nicht um den Erfolg oder Mißerfolg gekümmert habe.

Die Rolle des Lübecker Ärztevereins.

Der Staatsanwalt ging dann auf den Vortrag im Ärztlichen Verein im Januar 1930 ein. Von der Zustimmung dieses Vereins hatte bekanntlich Senator Mehrlein seine Einwilligung zur Einführung des Calmette-Verfahrens abhängig gemacht.

Die Ärzte hätten nicht gewußt, was von ihrem Entschluß abhing.

Die Aufklärung der Eltern sei teilweise durch die Zeitungen, teilweise durch die Hebammen erfolgt. Man habe von den Eltern die Einwilligung sozusagen erschlichen.

Zusammenfassend betonte der Staatsanwalt, daß vier Punkte außerordentlich belastend für Dr. Altstaedt seien. Zunächst hätten andere Sachverständige gefragt werden müssen. Von ausschlaggebender Bedeutung sei die Nichteinrichtung eines Speziallaboratoriums gewesen. Die Unterlassung von Tierversuchen und die Unterlassung der klinischen Beobachtung seien ebenfalls nicht zu verantworten. Es hätte in allen Fällen eine Benachrichtigung aller Ärzte erfolgen müssen.

Wenn Dr. Altstaedt am 17. April sofort das Nötige veranlaßt hätte, so hätte er nur ein totes Kind und 13 kranke Kinder zu verantworten gehabt. Ein Verschulden des Angeklagten im strafrechtlichen Sinne liege vor.

Oberstaatsanwalt Dr. Lienau behandelte dann die Schuldfrage des Angeklagten Dr. Deycke. Das Hauptverschulden Professor Deyckes erblickte er darin, daß kein Speziallaboratorium nach den Vorschriften Calmettes errichtet worden sei. Auch hätten Tierversuche angestellt werden müssen.

Im Lübecker Laboratorium liege der Schlüssel des ganzen Unglücks.

Es sei vollkommen unzureichend für die Herstellung der BCG-Kulturen eingerichtet gewesen. Der Oberstaatsanwalt wird am Dienstag weitersprechen.

Der Prozeß kostet bis heute 70 000 Mark.

Oberstaatsanwalt Dr. Lienau teilte zu Beginn seines Plädoyers im Calmette-Prozeß mit, daß sich die Kosten bei diesem Prozeß bisher auf etwa 70 000 Mark belaufen.

Die Sklareks und die Berliner Stadtbank.

Der Geschäftsverkehr unter der Lupe.

Im Sklarek-Prozeß wird weiterhin der Geschäftsverkehr der Sklareks mit der Berliner Stadtbank erörtert. Leo Sklarek erklärte, daß die Stadtbankdirektoren von der Geschäftsgebarung seines Bruders Max unbedingt gewußt haben müßten. Das Gericht kam dann auf den 20. September 1929 zu sprechen, an dem durch die Prüfung des Obermagistratsrats Brandes

die Fälschungen aufgedeckt

wurden. Leo Sklarek erklärte hierzu, daß Stadtbankdirektor Schmidt einige Tage vor der Prüfung bei ihnen gewesen sei und gesagt habe, sie, die Sklareks, müßten jetzt dafür sorgen, daß Brandes von der Prüfung wegkomme. Willi Sklarek bestätigte diese Ausführungen. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob sich die Brüder Sklarek in dieser Angelegenheit an Brolat gewandt hätten, erklärte Leo Sklarek, daß dies nicht der Fall gewesen sei. Er hätte mit Brolat über diese Prüfung nicht gesprochen. Stadtbankdirektor Schmidt sagte dann aus, daß die Behauptung, die Stadtbankdirektoren seien von der Geschäftsgebarung der Sklareks unterrichtet gewesen,

eine Wahnidee von Willi und Leo Sklarek

sein müsse. Direktor Schmidt bestätigte, daß er am 20. September bei den Sklareks gewesen sei, bestritt aber, ihnen Kenntnis von der Prüfung gegeben zu haben. Der Vorsitzende stellte dann fest, daß von den Sklareks nicht nur Rechnungen, sondern auch Geschäftsbücher gefälscht wurden. So ist u. a. ein Kontokorrentbuch angefertigt worden, an dem drei bis vier Buchhalterinnen vierzehn Tage lang zu arbeiten hatten. Leo Sklarek schiebt diese Fälschungen seinem Bruder Max zu und erklärte, die Prüfung der gefälschten Bücher sei sehr oberflächlich gewesen; sie hätte sich lediglich auf Kaffeetrinken beschränkt.

Die verzögerte Kontrolle.

Der Vorsitzende stellte dann fest, daß Stadtbankdirektor Dr. Lehmann im Frühjahr 1929 empfohlen habe, die zedierten Rechnungen der Bezirksämter mit den tatsächlichen Aufträgen der Bezirksämter an die Sklareks zu vergleichen. Die Stadtbankdirektoren Schmidt und Hoffmann erklärten, daß dieser Vorschlag von ihnen gemacht worden sei. Stadtbankdirektor Hoffmann erwähnt dabei, daß er im September 1928 an die Sklareks einen Brief geschrieben habe, in dem er derartige Maßnahmen ankündigte. Die Sklareks hätten aber gebeten, man solle die Angelegenheit nach den Kommunalwahlen erörtern. Der Vorsitzende sagte nun zu Stadtbankdirektor Hoffmann: „Herr Hoffmann, die Gründe der Sklareks, die Kontrolle zu verschieben, sind

Inventur-
Ausverkauf
10—50% Ermäßigung

Anzug-
Paletot-
Ulster-
Hosen-
Kleider-
Kostüm-
Mäntel-
Futter-

Stoffe

Tuchhaus
Pörschel
Dresden-A., Scheffelstr. 21, Ruf 13725

Dr. med. Elilabeth Degeener

Roman von Marlise Sonneborn

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[3

„Das — würden Sie zulassen?"

„Ich könnte es nicht hindern!"

„Sie haben also genügend zahlende Patienten?"

„Es sind viele Kranke hier — solche für die Kassen und solche, die für sich selbst bezahlen. Sie gestatten eine flüchtige Voruntersuchung. Die eigentliche nimmt längere Zeit in Anspruch und findet, falls Sie sich entscheiden, zu bleiben, erst in einigen Tagen statt."

Doktor van Delden fand, daß die Lunge der jungen Frau tatsächlich schwach und recht angegriffen war. Ob und in welchem Grade tuberkulöse Erscheinungen vorlägen, konnte erst eine eingehende Feststellung entscheiden.

„Sie sind nicht allzu krank", erklärte er kurz. „Aber ich rate Ihnen zu einer Kur. Sie wird auch Ihre Nerven bessern. Dazu gehört aber Geduld, guter Wille — Einordnung."

„Und diese naseweise Schwester soll mich tatsächlich pflegen?"

„Gnädige Frau, es hat bisher noch niemand Schwester Hilde naseweis gefunden. Uebrigens — sie ist aus allerbester Familie. Ihr Vater ist Oberstaatsanwalt am Reichsgericht in Leipzig."

„Unmöglich!"

Frau Lasars Gesicht war völlig verblüfft.

„Und so feine Damen bedienen hier die Patienten?" fragte sie naiv.

„Gnädige Frau — die Schwestern sind keine Bedienten. Merken Sie sich das und handeln Sie danach. Ich wünsche, daß man meinen Helfern mit der ihnen gebührenden Achtung begegnet."

„Hu! — wie das klingt! Nun ja — man kennt ja Ihren Ruf!" erwiderte die widerspenstige Patientin mit einem Anflug von Lustigkeit. Der Arzt sollte doch nicht merken, daß sie sich etwas eingeschüchtert fühlte.

„Ist denn dieser bissige Doktor van Delden der einzige Arzt an der ganzen Anstalt?" fragte Frau Lasar Schwester Hilde, die ihr behilflich war, ihre vielen Sachen in dem kleinen Zimmer einzuordnen.

„O nein, fünf Aerzte sind ständig hier und ein paar sind nebenamtlich tätig."

„Alle so alt und griesgrämig wie dieser Doktor van Delden?"

„Alt vielleicht — aber griesgrämig gewiß nicht ist Doktor van Delden. Ernst — ja! Aber er kämpft auch einen schweren Kampf zum Segen und zur Rettung der Menschheit."

Ein kleines, mokantes Lachen.

„Sie sind wohl in ihn verliebt?"

„Gnädige Frau!"

„Gott — seien Sie nur nicht so hoheitsvoll! Schließlich haben wir alle unsere Schwächen. Und warum sind Sie denn überhaupt Schwester geworden?"

„Ich habe im Kriege Verwundete gepflegt. Das war damals modern unter den Töchtern aus guter Familie. Aber ich entdeckte meinen Beruf."

„Nun ja — so wie hier ... nur gebildete Leute. Das mag ja gehen. Aber wenn Sie mal diese sogenannten Kassenpatienten bekämen ..."

„Gnädige Frau, Herr Doktor van Delden gibt mir zur Erholung auch dann und wann die sogenannten — Kassenpatienten!"

„Zur Erholung — wieso?"

„Sie sind so bescheiden und dankbar ..."

Frau Lasar unterdrückte vor der Tochter des Oberstaatsanwalts ihr: Unverschämt.

„Und sonst? Die anderen Aerzte?" lenkte sie zurück.

Die Schwester nannte die Namen.

„Doktor Degeener", sagte sie zuletzt.

„Doktor Degeener? Verwandt mit dem früheren Minister des Auswärtigen?"

Die Schwester nickte.

„Jung?"

„Ich glaube — dreiunddreißig."

„Hübsch?"

„O ja — recht hübsch."

„Behandelt nicht die Privaten?"

„Doktor Degeener hat die Kinder!"

„Für mich also unsichtbar?"

„Keineswegs — Doktor Degeener vertritt sehr oft den Chef."

Frau Lasar schwieg.

Sie sann nach.

Irgendwen mußte sie zum Flirten haben, wenn sie es aushalten sollte. Ohne Flirt war ihr das Leben unerträglich. Würde vielleicht — denn die anderen schienen ihr wenig geeignet! — dieser Doktor Degeener ein geeignetes Objekt sein? Immerhin — er war verwandt mit einem Minister.

Oder?

War sie nicht vielleicht — ganz unbewußt — einmal treu?

Alfred? Lachhaft. Er war ihr so gleichgültig, wie sie ihm. Eine Geldheirat — das war beiden völlig klar, und beide zogen die Folgerungen daraus.

Aber —

Sie lehnte sich in den Sessel zurück und schaute mit weit geöffneten Augen ins Licht. Ihr Antlitz wurde ruhiger, klarer bei diesem sinnenden Ausdruck. Die Schwester sah es mit leichtem Erstaunen, zugleich mit Befriedigung. Sollte auch diese Frau irgendwo ihre Tiefen haben, ihren Ernst, ihre Einsamkeit?

Wenn ich wüßte, dachte Frau Antony, daß er mich noch nicht vergessen hätte, daß nicht bei ihm, auch bei ihm, gerade bei ihm, mein Geld, mein Einfluß mitspräche, ich glaube, ihm könnte ich so etwas wie treu sein. Treu? Was heißt das in diesem Falle? Ueber einen Handkuß, über heischendes und spielerisch zärtliches Blicken war noch nichts geschehen zwischen ihnen. Aber — er war der einzige von vielen, den sie noch nicht vergessen hatte.

(Fortsetzung folgt.)

SLUB
Wir führen Wissen.
Heimatmuseum
der Stadt Wilsdruff
WILSDRUFF

nach der Anklage als fadenscheinig zu betrachten. Dieser Auffassung kann ich mich nur anschließen. Es ist doch unglaublich, daß auf diese Weise die Kontrolle fünf Viertel Jahre hinausgeschoben wurde. Sie mußten doch wissen, daß diese Leute immer wieder Gründe fanden, die Kontrolle zu verzögern." Als Stadtbankdirektor Schmidt hierzu erklärt, daß er nach der Stadtverordnetenwahl bestimmt die Kontrolle vorgenommen hätte, meint der Vorsitzende: „Das ist doch unglaubwürdig, hier ist doch Wort für Wort konstruiert und haltlos."

Aus Sachsens Gerichtssälen.

Die Polenbande und ihr Meister.

Zwickau. Vor dem Schöffengericht hatte sich eine größtenteils aus Polen bestehende, gefährliche Einbrecherbande zu verantworten. Als Führer der Bande, die ihn während der Verhandlung „Meister" nannte, entpuppte sich der Artist Syska, aus Oberschlesien gebürtig, jetzt staatenlos. Bei einem Einbruch in ein hiesiges Textilwarengeschäft wurden für 1000 Mark Waren erbeutet, im Stadtbauamt aus dem aufgeknabberten Geldschrank 1400 Mark gestohlen. Im Erzgebirgischen Steinkohlenaktienverein hatten die Einbrecher, von denen zwei bewaffnet waren, bei dem Versuche, einen Geldschrank aufzubrechen, Lärm verursacht, so daß sie bemerkt und festgenommen wurden. Das Gericht lehnte wegen der Allgemeingefährlichkeit der Verbrecher (die sich noch wegen weiterer Einbrüche, bei denen auch geschossen wurde, in Leipzig zu verantworten haben) mildernde Umstände ab. Syska wurde zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Seine Komplizen Grieger und Dworaczek erhielten je zweieinhalb Jahre Zuchthaus. Der Hehler Kuppka und seine Braut kamen mit zehn bzw. fünf Wochen Gefängnis davon.

Ein rückfälliger Dieb.

Freiberg. In zweitägiger Verhandlung beschäftigte sich das Schöffengericht mit einem gefährlichen Ein- und Ausbrecher, dem Tischler und Mechaniker Schmidt aus Olbernhau. Schmidt hatte im Mai 1929 eine Zuchthausstrafe von fünf Jahren erhalten. Eine Nacht vor der Berufungsverhandlung gelang es ihm, aus dem Gerichtsgefängnis Freiberg zu entfliehen. Erst zwei Jahre später konnte er wieder aufgegriffen werden. In der Zwischenzeit hatte er neue Straftaten, auch im Ausland, (u. a. auch den Einbruchsdiebstahl ins Pfarrhaus zu Burkersdorf bei Frauenstein), verübt. Das Schöffengericht verurteilte ihn wegen schweren Rückfalldiebstahls in neun Fällen und unbefugten Waffenbesitzes zu sechs Jahren Zuchthaus, Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Soll die Nahrungsmitteleinfuhr vergrößert werden.

Die heutige Wirtschaftslage sollte jeden Deutschen im eigensten Interesse veranlassen, an der zur Beschränkung der Einfuhr notwendigen Steigerung der Inlandsproduktion nach Möglichkeit mitzuarbeiten, da jeder Einzelne letzten Endes doch diese Einfuhr durch erhöhte Abgaben usw. bezahlen muß. Die deutsche Landwirtschaft hat sich stets in anzuerkennender Weise bemüht, durch Erzeugung hoher Ernten sowie durch Lieferung von Qualitätswaren eine Einfuhr an Lebensmitteln überflüssig zu machen und die Ernährung des Volkes aus den Erzeugnissen der eigenen Scholle sicherzustellen. Wenn dies in den letzten Jahren bis zu einem hohen Grade gelungen ist, so hat dazu in erster Linie die rationelle Düngung, besonders die gesteigerte Verwendung der billigsten und wirtschaftlichsten Produktionsmittel des Landwirts, der deutschen Stickstoffdüngemittel, beigetragen. Bei der augenblicklichen Notlage der Landwirtschaft müssen natürlich alle Sparmöglichkeiten voll ausgenutzt werden. Das bedeutet aber nicht, daß die Stickstoffdüngung eingeschränkt werden oder gar überhaupt unterbleiben soll, sondern daß die Stickstoffdüngemittel ihren Eigenschaften und Wirkungen entsprechend zweckmäßigste Verwendung finden. Als sehr vielseitig hat sich in seiner Anwendung der Kalkstickstoff erwiesen, da dieser neben seiner vorzüglichen Düngewirkung eine große Anzahl von Nebenwirkungen aufweist, deren Ausnutzung zu wesentlichen Ersparnissen für den Landwirt führt. Bringt doch z. B. der Landwirt in 1½ Zentner Kalkstickstoff kostenlos eine Kalkmenge in den Boden, die zirka 1 Zentner Branntkalk entspricht. Infolge des großen Widerstandes, den der Kalkstickstoff der Auswaschung entgegensetzt, kann er frühzeitig, d. h. in arbeitsstiller Zeit, in einem Wurf mit Kali- und Phosphorsäuredüngemitteln ausgebracht werden, wodurch Arbeit erspart wird. Die durch eine einfache Kopfdüngung der möglichst abgetrockneten Wintersaaten erreichbare Bekämpfung der lästigen Unkräuter, z. B. des Windhalmes und der Kornblume, bringt dem Landwirt besondere Ersparnisse, da sie die Kosten für Pflegemaßnahmen sowie die Ausgaben für Beschaffung und Ausbringung teurer Unkrautbekämpfungsmittel überflüssig macht.

Aus allen diesen Erwägungen wird der überlegende Landwirt von seinem billigsten und wirtschaftlichsten Produktionsmittel den entsprechenden Gebrauch machen, da er ja weiß, daß er bei verminderter Stickstoffanwendung große Ernterückgänge und damit beträchtliche Einnahmeausfälle zu erwarten hat, die zu einer Verschlechterung seiner Lage führen müssen.

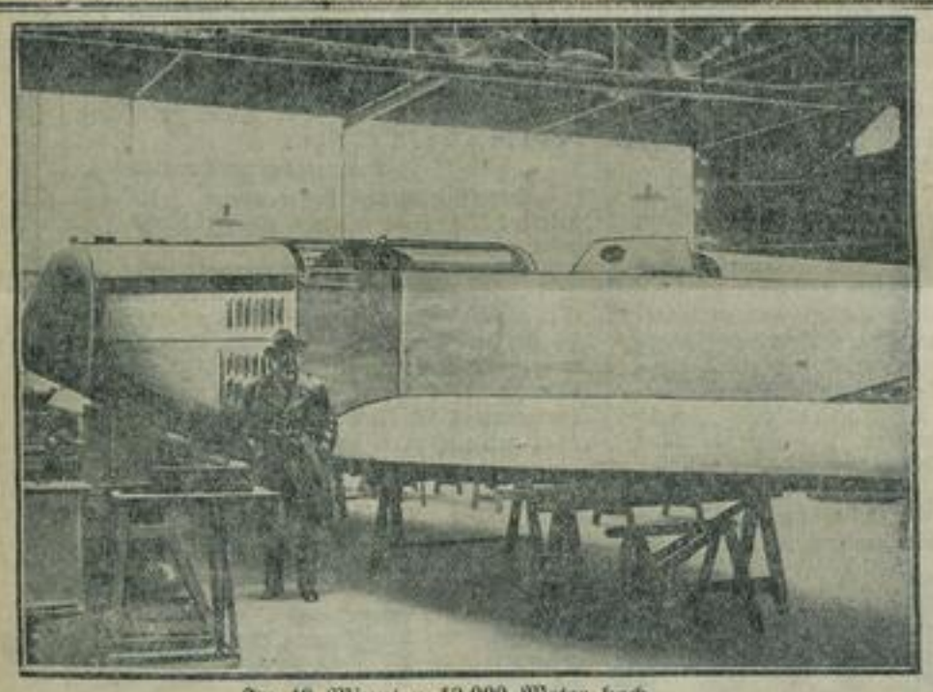
Hier hat jemand die Konjunktur ausgenutzt
und unter dem in Amerika wohlbekannten und beliebten Namen „Zeppelin" in Neuyork ein Kaffeehaus eröffnet, das natürlich gern von den Deutschen aufgesucht wird.

Indiens neuentdeckte Goldfelder.

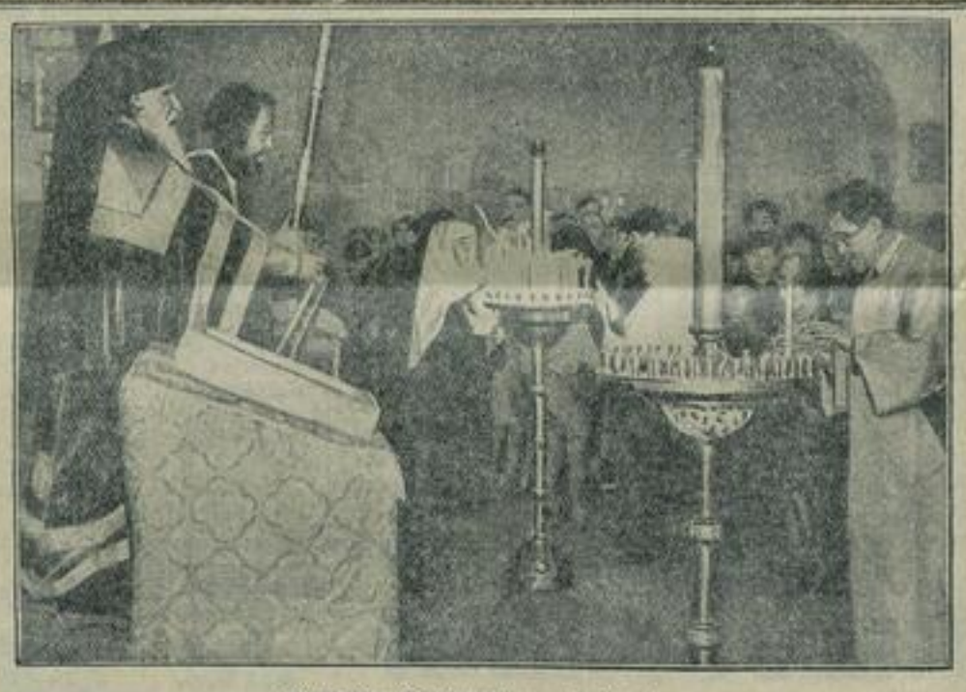
Gerade rechtzeitig, um dem gefährdeten englischen Pfunde beizuspringen, sind in Indien „Goldfelder" besonderer Art entdeckt und nutzbar gemacht worden. Das Riesenland zwischen Ganges und Indus war während der letzten Jahrzehnte der größte Abnehmer für Gold. Aber das gelbe Metall wurde nicht etwa zum Prägen von Münzen oder zur Deckung der Banknoten gebraucht, sondern jeder wohlhabende Inder legte einen Teil seines Vermögens in Gold an, weil es ihm als das sicherste erschien. Niedrigen Schätzungen zufolge sind im Verlaufe der letzten dreißig Jahre in Indien nicht weniger als sechs Milliarden Mark in Gold aufgespeichert worden. Mit der Aufgabe der Goldwährung durch England hat sich nun die Lage völlig verändert. Die Hamsterer haben das Vertrauen zum Gold als der unbedingt sicheren Kapitalsanlage verloren. Die Folge davon ist eine allgemeine Flucht aus dem gelben Metall, für das man sich alle nur irgendwie brauchbaren Gegenstände und Waren kauft. Das Gold geht nach New York und Paris, wo es gegen Dollars oder Franken verkauft wird. Letztere werden wieder gegen englische Noten umgetauscht. Auf diese Weise stieß Indien kürzlich in einer einzigen Woche für mehr als sechzig Millionen Mark Gold ab. Die damit im Zusammenhang stehende starke Nachfrage nach englischen Noten hielt die bedrohliche Abwärtsbewegung des Pfundes sofort auf und führte zu einer merklichen Erholung. Die Ausbeutung der neuen indischen „Goldfelder" hält unvermindert an und ist zur Zeit bedeutend größer als die Goldausfuhr Südafrikas.

Bücherschau.

Was Paris für die Mode der Frauen ist, ist London für den Anzug des Herrn. Man wird sich nun denken, daß die Schöpfer dieser berühmten Herrenmode in prächtigen Palästen wohnen. Aber das Gegenteil ist der Fall, in einer bescheidenen Straße in kleinen Lädchen hausen die berühmtesten Schneider und Hutmacher der Welt. Ueber dieses Thema bringt die neueste Nummer der Münchener Illustrierten Presse (Nr. 3) einen Bilderaufsatz. — Den Alpinisten wird ein Bilderaufsatz über extremes Eisklettern, der zeigt, wie es jetzt gelungen ist, senkrechte Eishänge zu ersteigen, besonders interessieren.

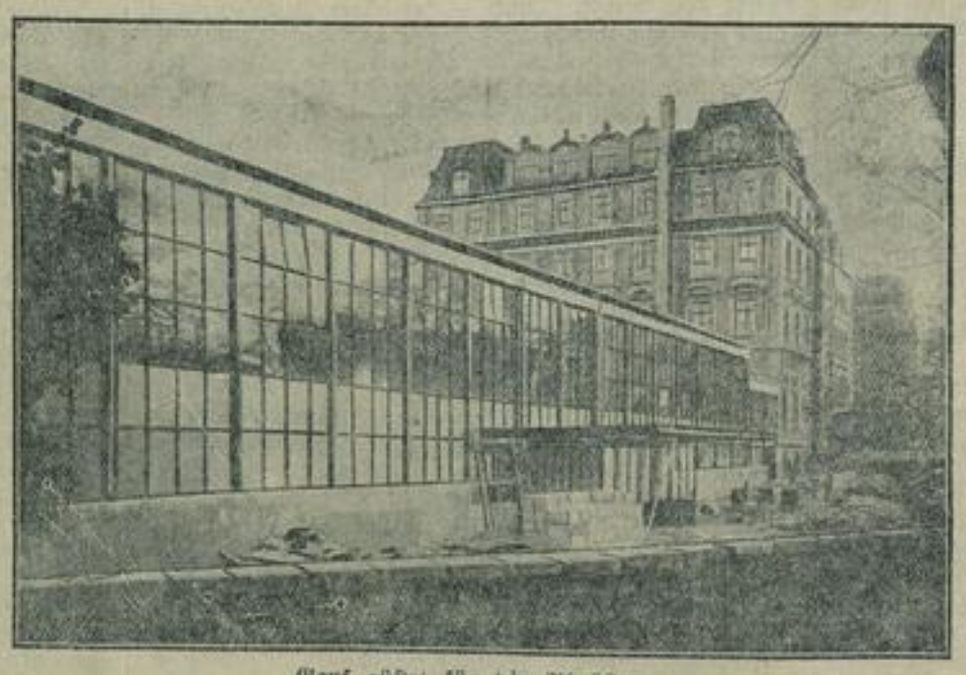


In 40 Minuten 13 000 Meter hoch.
Mit dieser Geschwindigkeit will ein französischer Flieger den Höhenrekord des schweizerischen Professors Piccard überbieten. Das Flugzeug, das gegenwärtig in Frankreich gebaut wird, soll bei einer Stundengeschwindigkeit von 324 Kilometern eine Höhe von 15 000 Metern erreichen; es hat eine wasser- und luftdichte Aluminiumkabine. Im Innern sind Kompressoren eingebaut, die den Passagieren die Luft zum Atmen liefern sollen. Nach der Versicherung des Konstrukteurs, Gerchais, kann das Flugzeug in 40 Minuten und 52 Sekunden eine Höhe von 13 000 Metern erreichen.



Russische Weihnachten in Berlin.
Das Weihnachtsfest der griechisch-russischen Kirche, die im alten Rußland vorherrschend war, liegt vierzehn Tage später als das Weihnachtsfest der abendländischen christlichen Kirchen. Die zahlreich in Berlin lebenden russischen Flüchtlinge lassen es sich nicht nehmen, russische Weihnachten nach altem Ritus in der russischen Kirche in Berlin-Wilmersdorf zu feiern. Zu ihnen gesellen sich dann die zahlreich hier lebenden Angehörigen der Balkanstaaten, die ebenfalls zur griechischen Kirche gehören.

Der französische Wahlkampf im Zeichen Hitlers.
Ein Schnappschuß aus Frankreich, der ein Plakat mit der Ankündigung zu einer Wahlversammlung zeigt, die unter dem Schlagwort: „Hitler au Pouvoir?"" (Kommt Hitler ans Ruder?) steht.



Genf rüstet für die Abrüstung.
Um den Teilnehmern an der Abrüstungskonferenz genügend Raum zu bieten, wird am Palais Electoral, wo die Konferenz tagt, ein Anbau ganz aus Stahl und Glas errichtet. Wie unser Bild zeigt, ist der Erweiterungsbau nahezu fertig.

„Der gerettete Bergmann",
ein eindrucksvolles Sandsteinrelief am Verwaltungsgebäude der Oberschlesischen Knappschaft in Gleiwitz, das jetzt von Professor Josef Lederer geschaffen wurde. Die Plastik stellt einen verunglückten Bergmann dar, der nach seiner Rettung die erste Labe erhält.

SLUB
Wir führen Wissen.
Heimatmuseum
der Stadt Wilsdruff
WILSDRUFF